6. Jahrgang — Nr. 59 Freitag, 10. März 1922

Volksstimme

Sozialdemokratische Partei-Tageszeitung für Halle
und den Saalkreis sowie die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga, Zeitz-Weißenfels, Naumburg Eisleben und die Mansfelder Kreise.

Redaktion in Halle, Gr. Brauhausstraße 17, Telephon Nr. 6802, **Eisleben** 302 Sprechstunden der Redaktion in Halle: Wochentags von 11—12 Uhr. Sonntags keine Sprechstunde. Sprechstunden unserer Eislebener Vertretung wochentags von 4—6 Uhr nachmittags. Die „Volksstimme" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, sie enthält die illustrierte Sonntags-Beilage **„Volk und Zeit"** sowie wöchentlich abwechselnd **„Die Frauenwelt"** und **„Für die arbeitende Jugend"**. Unverlangt eingesandten Manuskripten ist Rückporto beizufügen. Die „Volksstimme" verfügt über einen bestens ausgebauten Berichterstattungsdienst in allen Orten ihres großen Verbreitungsbezirks. Meldungen von Bedeutung werden zu jeder Tageszeit auf telephonischem wie auch auf schriftlichem Wege von der Redaktion entgegengenommen.

Verlag und Geschäftsstelle in Halle a. S., Gr. Ulrichstraße 27. Fernruf-Nummer 5407. Telegrammadresse „Volksstimme Halle". Postscheckkonto 11092 Erfurt. Geschäftsstelle in **Eisleben**: Bahnhofstr. 22. Fernruf-Nummer 302. **Bezugspreis** monatlich 10,50 Mk. und 1,50 Mk. Zustellungsgebühr oder wöchentlich 3,00 Mk. Durch die Post einschließlich der Zustellungsgebühren 12.— Mk. Für Abholer an den Ausgabestellen 11.— Mk monatlich. **Einzelnummer 60 Pfg. Anzeigenpreise:** im 8gespaltenen Anzeigenteil kostet das Millimeter 1,20 Mk., im 3gespaltenen Textteil 6.— Mk. einschließlich der Anzeigensteuer. Anzeigentermin für die nächste Ausgabe **bis 9 Uhr morgens.** Betriebsstörungen technischer oder anderer Art entbinden in allen Fällen von der rechtzeitigen Aufnahme von Anzeigen sowie von der pünktlichen Zeitungslieferung.

Die Zwangsanleihe kommt.

Das Steuerkompromiß ist fertig.

Besprechungen der Parteien und des Reichskanzlers. — Die Bedingungen der Deutschen Volkspartei. — Zahlung der Anleihe „möglichst" noch in diesem Jahre.

Berlin, 9. März. (WTB.) Im Reichstage fand heute eine Besprechung zwischen Vertretern der sozialdemokratischen Partei, des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Demokratischen Partei und der Bayrischen Volkspartei über die Steuergesetzentwürfe sowie über die Zwangsanleihe statt. Der Reichskanzler, der Reichsaußenminister und der Finanzminister nahmen teil.

Zwischen den Parteien kam eine Einigung über das sogenannte Mantelgesetz zu den vorliegenden Steuergesetzentwürfen zustande,

insbesondere über § 1 des Gesetzes, der bestimmt, daß die Reichsregierung die Mittel für die Kredite, die durch das Reichshaushaltsgesetz des Rechnungsjahres 1922 bereitgestellt und nicht für die Verkehrsanstalten bestimmt sind, im Wege einer

in Reichsmark einzuzahlenden, in den ersten drei Jahren unverzinslichen Zwangsanleihe in Höhe des Gegenwertes von einer Milliarde Goldmark flüssig machen wird.

Es wurde als übereinstimmende Forderung der Parteien zum Ausdruck gebracht, daß die Mittel möglichst noch in diesem Etatsjahr flüssig gemacht werden sollen.

In eingehender Aussprache, an der sich der Reichskanzler und der Finanzminister, die Reichstagsabgeordneten Spahn, Müller-Franken, Wels, Kahmann, Bernstein, Becker-Hessen, Rießer, Curtius, Fischer-Köln, Koch-Weser, Herold, Leicht und Emminger beteiligten, wurden sodann die in Form einer Denkschrift niedergelegten

Garantieforderungen der Deutschen Volkspartei

beraten. Diese Forderungen verlangen in den wesentlichen Punkten, daß die neubewilligten Mittel nicht dazu verwendet werden, um Fehlbeträge der sogenannten werbenden Betriebe des Reiches, also insbesondere von Post- und Eisenbahn zu decken, und daß insbesondere die Mittel aus der Zwangsanleihe nur dazu verwendet werden sollen, die im Inlande aus dem Friedensvertrag abzudeckenden Verbindlichkeiten zu bezahlen.

Sie verlangen ferner Maßnahmen zur Vereinfachung und Verbilligung der Reichsverwaltung, Prüfung der Frage einer Vereinfachung und wirtschaftlicheren Gestaltung der großen Reichsbetriebe, Stärkung der deutschen Wirtschaft, tunlichen Abbau der Zwangswirtschaft, Beteiligung der Wirtschaftskreise und des Parlaments vor Abschluß von Abkommen aus dem Friedensvertrage, die größere finanzielle oder grundsätzliche Bedeutung haben, und schließlich Abbau der Ausgabe von Schatzscheinen im Rahmen des Möglichen.

Diesen Grundsätzen traten die Vertreter der übrigen Parteien bei. Der Reichskanzler stellte für die Regierung und zugleich für die vertretenen Parteien fest, daß diese Forderungen als Richtlinien für die Regierung gelten würden und daß damit das Steuerkompromiß gesichert sei. Der Reichskanzler sprach allen, die an diesem Werke mitgeholfen hatten, den Dank der Regierung aus. Das Mantelgesetz wird nunmehr als gemeinsamer Antrag der beteiligten Parteien alsbald dem Reichstag vorgelegt werden.

*

Nach dieser Meldung steht fest, daß das sogenannte Steuerkompromiß vorläufig gesichert ist. Nur vorläufig, denn im Verlauf der Umsetzung der getroffenen Vereinbarungen in die gesetzgeberische Praxis werden sich noch manche Klippen ergeben.

Wir als Partei haben keine Veranlassung, dieses Kompromiß auch nur mit der leisesten Anerkennung zu begrüßen. Es ist das Resultat mehr eines Abwehrkampfes gegen die Angriffe der kapitalistischen Parteien auf die ursprünglich geplante Sachwerterfassung zur Erfüllung der außenpolitischen Verpflichtungen Deutschlands. Daß den kapitalistischen Parteien dieses Umkehren des Spießes — eigentlich hätten sie sich gegen die Angriffe auf ihre Reichtümer verteidigen müssen — gelingen konnte, daß es ihnen möglich war, die Nichtbesitzenden auch in dieser Sache in die Defensive zu drängen, resultiert einfach daher, daß Kommunisten und Unabhängige ihre Katastrophentaktik wieder in den Vordergrund schoben.

Wenn nun aber auch der von der Sozialdemokratie eingeleitete Angriff auf die Sachwerte durch die Zersplitterung der Nichtbesitzenden und die Geschlossenheit der Inhaber der Sachwerte zu einem Verteidigungskampf wurde, so braucht unsere Partei doch nicht entmutigt die Zügel schleifen zu lassen. Der Kampf ist nicht zu Ende. Er wird fortgeführt werden unter welchen Umständen immer es sei.

Die Deutsche Volkspartei ist mit diesen ihren Erfolgen gewiß noch nicht zufrieden. Das beweisen die Pläne zur Errichtung einer Sparsamkeitskommission, die scheinbar als eine Art Nebenregierung eingesetzt wird, um darüber zu wachen, daß auch alle Bedingungen der Deutschen Volkspartei, die sie an ihre Zustimmung zur Zwangsanleihe knüpft, auch eingehalten werden, weil sie sich gesetzlich schwerlich einwandfrei festlegen lassen.

Wie gesagt, wir haben keine Ursache, das zustandegekommene Steuerkompromiß mit irgend einem lobenden **Worte zu begrüßen, wir brauchen aber auch nicht die Augen davor zuzumachen, daß allein unsere Partei eine Taktik eingeschlagen hat**, die eine gänzliche Abbürdung aller Lasten auf die Schultern der Besitzlosen verhinderte. Auch bei der Zustimmung zum Steuerkompromiß hat sie allein unter dem Gesichtspunkt gehandelt, die Außenpolitik Deutschlands nicht zu gefährden, dort Zeit zu gewinnen, eine Erleichterung der uns auferlegten Lasten durchzusetzen.

Eine Sparsamkeitskommission.

Das totgeborene Kind.

Wie die Berliner Morgenblätter mitteilen, erklärte der Reichskanzler in der gestrigen interfraktionellen Besprechung, die zu der Einigung über das Steuerkompromiß geführt hat, daß er in Erfüllung der volksparteilichen Wünsche und Sparsamkeitsreformen die Einsetzung einer Sparsamkeitskommission, wie sie bereits schon einmal tätig gewesen sei, vorschlage. Dieser Kommission könnten auch außerhalb des Parlaments stehende Männer angehören, die von den Parteien vorzuschlagen seien. —

Wie das B. T. hört, hat der Reichskanzler bereits die einzelnen Fraktionen ersucht, je ein bis zwei Mitglieder des Ausschusses für die Erörterung von Ersparnismaßnahmen und ferner geeignete wirtschaftliche Sachverständige über die im Reichstag und im Reichswirtschaftsrat vertretenen Persönlichkeiten hinaus namhaft zu machen.

Die gemütliche Justizverwaltung.

Sie ist nicht immer so unbarmherzig wie mit den Sozialdemokraten.

Seltsame Zustände scheinen beim Amtsgericht Görlitz nach einer Mitteilung zu herrschen, die der Sozialdemokratische Parlamentsdienst von dort erhält. Es handelt sich um folgendes:

Beim Amtsgericht Görlitz wurde vor einiger Zeit ein junger Mann als Hilfsschreiber angenommen, von dem der Geerichtsbehörde bekannt ist, daß es sich um eine mehrfach vorbestrafte Person handelt. Außerdem wurde Anfang Februar ein Strafgefangener, der zu einer zweijährigen Gefängnisstrafe verurteilt war, aber erst ungefähr die Hälfte der Strafe verbüßt hat, **aus der Strafanstalt heraus beurlaubt, um eine Hilfsschreiberstelle beim Amtsgericht Görlitz zu übernehmen.** Anfang Februar verschwand der zuerst angenommene Hilfsschreiber aus Görlitz. Kein Mensch wußte wohin. — Acht Tage später traf bei der Görlitzer Staatsanwaltschaft eine Depesche aus Berlin mit etwa folgendem Inhalt ein:

„Hilfsschreiber N. N. vom dortigen Amtsgericht hier festgenommen; er gibt an, dort Akten Nr. .... für 1500 Mark verkauft und Akten Nr. .... vernichtet."

Die sofort vorgenommene Untersuchung hat die Richtigkeit der Angaben in der Depesche ergeben. Bei den verkauften Akten soll es sich um eine Strafsache wider einen Gastwirt handeln; die vernichteten Akten betreffen den ausgerissenen Hilfsschreiber. Jetzt wurden mit einem Male die Vorstrafen des in Berlin Festgenommenen festgestellt, und da ergab sich, daß es sich bei ihm um einen vielfach mit Gefängnis vorbestraften Menschen handelte. Dieser Fall mochte nun der Anstoß gewesen sein, daß man sich auch nach dem Vorleben des zweiten Hilfsschreibers, der als beurlaubter Strafgefangener in Frage kam, erkundigte. Es stellte sich heraus, daß es sich auch bei diesem um einen vielfach, **ja sogar mit Zuchthaus vorbestraften Menschen handelt.** Danach ist es den Beamten nicht zu verdenken, wenn sie vorstellig wurden, und der vorgesetzten Behörde zu verstehen gaben, daß man ihnen nicht zumuten könne, mit einer solchen Hilfskraft zusammenzuarbeiten. Wie uns mitgeteilt wird, ist eine Entlassung des betreffenden Hilfsschreibers nicht erfolgt, obwohl bei der großen Arbeitslosigkeit genügend tüchtige, unbescholtene, verheiratete Familienväter zur Verfügung stehen, die gern arbeiten möchten.

Wohl vertreten die Beamten und mit ihnen auch wir den Standpunkt, daß entlassene Strafgefangene nicht für immer aus der menschlichen Gesellschaft ausgestoßen werden dürfen, sondern, daß sie auch untergebracht werden müssen. Abr daß Leute mit einer derartigen Vergangenheit, die wiederholt schwere Gefängnis-, ja selbst Zuchthausstrafen zu verbüßen hatten, gerade bei einem Gericht eingestellt und beschäftigt werden, heißt doch den Bock zum Gärtner machen.

Ein „Heldenstück" der deutschen Rechtspflege.

Nicht der Rittergutsbesitzer Kähne, sondern der niedergeschossene Arbeiter Rietert soll angeklagt werden.

Nachdem die gerichtliche Voruntersuchung in der Angelegenheit v. Kähne zu dem Ergebnis gekommen ist, daß der Rittergutsbesitzer v. Kähne bei der Niederschießung des Arbeiters Rietert in Notwehr gehandelt habe, hat gestern v. Kähne gegen den Arbeiter **Rietert Strafantrag gestellt.**

Wucherpreise oder Warenwerte?

Von **Ad. Thiele.**

Auch der Landbund für die Provinz Sachsen hat nun der Reichsregierung den Kampf angesagt für den Fall, daß zur Beschaffung von Brotgetreide ein Umlageverfahren in irgend einer Form erneuert würde. Der Kampf könnte nur geführt werden durch Verminderung der Produktion und durch Zurückhaltung der Erzeugnisse. Beides wären Maßnahmen, die angesichts des Fehlens genügender Zufuhr vom Auslande die Wirtschaftslage des deutschen Volkes noch weiter beträchtlich verschlechtern müßten. Mag auch für die Drohung der Landwirte das alte Wort gelten, keine Suppe wurde so heiß gegessen, wie sie gekocht wurde, so steht doch außer Zweifel, daß schon eine an sich geringe Verminderung der landwirtschaftlichen Produktion nicht nur den ohnehin unbefriedigenden Ernährungszustand des deutschen Volkes noch weiter herabdrücken, sondern auch die Preise steigen lassen würde. Es muß deshalb ein Weg gefunden werden, der die Landwirte von Ausführung ihrer Drohung abhält, oder letztere, wenn sie verwirklicht werden sollte, unwirksam macht.

Die Landwirte fordern die freie Wirtschaft. Vor einigen Tagen ist von mir an dieser Stelle darauf hingewiesen worden, daß es eine freie Wirtschaft zur Zeit für Deutschland nicht gibt und nicht geben kann, weil eine ihrer Grundlagen, die Konkurrenz, ausgeschaltet ist. Jetzt freie Wirtschaft fordern, wo der Bedarf an Waren nirgends voll gedeckt werden kann, heißt nichts anderes als das Recht auf zügellose Auswucherung beanspruchen. **Früher, als das Ausland billiger produzierte, waren gerade die Agrarier ausgesprochene Gegner der freien Wirtschaft.** Damals setzten sie hohe Schutzzölle für einzuführendes Getreide durch, um sich die freie Wirtschaft vom Halse zu halten. Die Liebe zu ihr ist somit nicht alt; sie datiert von da an, wo sie ihnen finanzielle Vorteile bringt. Aber dürfen die Landwirte jetzt über zu geringe Einnahmen klagen? Dürfen sie behaupten, durch die Verkaufspreise würden die Selbstkosten nicht gedeckt? Das behaupten zu wollen, hieße das erträgliche Maß von Unbescheidenheit weit übersteigen. Die Volksstimme hat bereits berichtet, daß im Januar und Februar der Doppelzentner Weizen von 388 auf 610 bis 615 Mk., der Roggen von 275 auf 460 bis 465 Mk. geklettert ist. Die Steigerung hält noch an. Auch die kühnsten agrarischen Rechenkünstler werden außerstande sein zu beweisen, daß die Erzeugerkosten für den Zentner Getreide voriges Jahr auch nur einhundert Mark betragen hätten. Welche Riesensummen sonach bei den jetzigen Preisen an Uebergewinnen eingestrichen werden, ergibt die einfache Rechnung, daß je 100 Mk. Uebergewinn an einem Zentner beim Verkauf von 100 Mill. Zentnern zehn Milliarden Wuchergewinn abwerfen. Und es sind weit mehr als 100 Mill. Ztr. Brotgetreide im „freien Handel", der keiner ist, vertrieben worden, und der Uebergewinn hat weit mehr als 100 Mk. je Zentner betragen.

Bei den Kartoffeln gelangen wir zu noch phantastischeren Ziffern. Der Erzeugerwert ist von den Landwirten mit 15 Mk. für den Zentner angegeben worden. Hunderte von Millionen Zentnern gelangen zum Verkauf. Nur ein recht bescheidener Teil ist davon zum „billigen" Preise von 25 bis 40 Mk. abgegeben worden an Gemeinden und Kommunalverbände. Ob bei dem aufreizenden Preise von 200 Mk. und mehr der Landwirt oder der Händler den größeren Anteil am Wuchergewinn einstreicht, ist dem Verbraucher nebensächlich. Jedenfalls darf nicht behauptet werden, die gegenwärtigen Preise seien erforderlich, um den Landwirten die Weiterführung der Wirtschaft zu ermöglichen.

Die Reichsregierung darf dem Verlangen auf Wegfall jeder Umlage nicht Rechnung tragen, wenn nicht große Gefahren im Innern heraufbeschworen werden sollen. Der allein zulässige Maßstab für die Preisbildung muß der Warenwert sein, nicht der mögliche Konjunktur- oder Spekulationsgewinn. Mit der Gesundung unserer Geldverhältnisse steht der Preis für die Nahrungsmittel im engsten ursächlichen Zusammenhange. Die Landwirte sollten selbst erkennen, daß ihnen letzten Endes mit der Unmasse von Papierscheinen nicht gedient ist. Und zu welchen Mitteln einst wird gegriffen werden müssen, um die zweihundert Milliarden Papiergeld vom Markte verschwinden zu machen, steht noch sehr dahin. Schlimm genug ist es, daß das Versailler Diktat bezw. die Zwangslieferung von Kohlen uns gebietet, unsinnige Kohlenpreise zu fordern; denn Deutschland darf bekanntlich für seine Kohlen von Frankreich keinen höheren Ertrag verlangen, als in Deutschland selbst bezahlt wird. Aber der deutsche Kohlenverkäufer hat wenigstens den mageren Trost, daß er mit dem wahnsinnig hohen Kohlenpreise den Reichssäckel mit füllen hilft, dem die 40 Proz. Kohlensteuer zufließen, und daß Frankreich für die deutsche Kohle einen Preis anlegen muß, der ihm unbequem wird und vielleicht zu einer Herabsetzung der Liefermenge führt. Die Wucherpreise für Getreide kommen dagegen lediglich den Erzeugern und den Zwischenhändlern zugute; **Reich und Volk sind die Leidtragenden.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519220310-14/fragment/page=0001

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat bereits beschlossen, auch für das nächste Erntejahr die Erhebung einer Getreideumlage zu fordern und zwar in einer Menge, die den rationierten Jahresbedarf deckt. Nach der Stellungnahme der Landwirtschaftsorganisationen zu dieser Frage wird es darüber zu ernsten Auseinandersetzungen kommen. Ob es möglich sein wird, mit einem Ernährungsminister wie Hermes die Umlage durchzudrücken, ist leider mehr als zweifelhaft. Das muß die Brotläufer und die Gemeindeverwaltungen erst recht anhalten, ihre Interessen nachdrücklich zu vertreten. Die Herstellungskosten sollen im vollen Umfange Berücksichtigung finden; es soll auch eine angemessene Profitrate gewährt werden. Das was darüber ist, ist vom Uebel. Jede Mark, die über den wirklichen Warenwert hinaus bezahlt werden muß, trägt zur Verschlechterung der deutschen Wirtschaft und zur weiteren Geldentwertung bei. Sollte verblendeter Eigennutz bei einzelnen Landwirten dazu führen, die Produktion einzuschränken, so gäbe es dagegen Mittel, die ebenso einfach wie fühlbar und wirksam sind. Die Regierung darf sich darauf verlassen, daß die große Volksmehrheit hinter ihr steht, wenn sie in solchen Fällen herzhaft zugreift. Auch für rechtzeitige Lieferung der Umlagemengen müßte besser gesorgt werden wie bisher. Es kann nicht Zufall sein, daß in bestimmten Kreisen das volle Soll immer abgeführt worden ist, während andere Kreise ebenso regelmäßig versagt haben. Es wäre von Wert, eine Zusammenstellung zu veranlassen, welche politische Leitung die Kreise haben, die ihrer Lieferpflicht nachgekommen sind und jene, bei denen das nicht zutrifft.

Die Ernährung des Volkes darf nur solange der Privatwirtschaft überlassen bleiben, als sie imstande ist, ihre Aufgabe zu erfüllen. Das ist sie jetzt nicht. Deshalb muß die Staatsleitung eingreifen. Ueber das Wohl des Einzelnen geht das Wohl des Ganzen. Das Gesamtwohl darf nicht unterbunden werden durch die Gewinnsucht der Interessentengruppen. Der deutsche Arbeiter will nichts geschenkt haben; er hat aber auch nichts zu verschenken. Er will jede Ware nach ihrem Werte bezahlen, mag aber nicht den Spielball für Wucherer und Schieber abgeben, und ein Pfund Brot für drei Mark und mehr, ein Ei für denselben Preis ist blanker Unsinn.

Preußischer Landtag.

Schuldebatten.

111. Sitzung, 9. März, 12 Uhr mittags.

Die Novelle zum preußischen Gerichtskostengesetz, zur Gebührenordnung für Notare, Rechtsanwälte und Gerichtsvollzieher werden ohne Debatte dem Rechtsausschuß überwiesen. Dann wird die Beratung des Kultusetats beim Abschnitt Volksschulen fortgesetzt.

Abg. Kilian (Komm.) beantragt neben den Volkshochschulen auch die Betriebsräteschulen zu fördern und in den Volksschulen die Schülerzahl auf 30 zu beschränken, während seiner weiteren Ausführungen richtet Abg. Katz (Komm.) gegen einen Regierungsvertreter einen auf der Tribüne unverständlichen Zuruf, der vom Präsidenten Leinert als „unerhörte Beleidigung" mit einem Ordnungsruf geahndet wird.

Abg. Simon-Neusalz (Soz.)

Der Herr Minister hat gestern gesagt, daß nur ein halb Prozent der Lehrer und 2 Prozent der Schüler in keinen Religionsunterricht wollen. Das sind noch keine Beweise dafür, daß die Lehrer den Religionsunterricht haben wollen. Man soll nicht immer Religion und Religionsunterricht verwechseln. Ich erinnere an den Pantheisten Goethe und auch an Schiller; die hätten keine Volksschullehrer in einer konfessionellen Schule sein mögen. Auch der Gründer des Christentums wäre kaum geneigt gewesen, an einer konfessionellen Schule zu unterrichten. Unser Zukunftsideal ist die weltliche Schule, in der wir nicht aus Feindschaft gegen die Religion den Religionsunterricht den Gemeinschaften überlassen wollen. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Frau Stoffels (Ztr.): Wir begrüßen die Aufbauschule, weil damit endlich die Sperre gefallen ist, die die Volksschule von der höheren Schule trennt.

Abg. Schwarzhaupt (D. V.) tritt **für die Beibehaltung der Nassauischen Simultanschule ein.**

Damit schließt die allgemeine Besprechung. Es folgt eine Reihe Bemerkungen zu den einzelnen Titeln dieses Abschnittes.

Abg. Bahlke (Soz.)

bedauert, daß man früher das System befolgt hat, die Seminare in weltentlegene kleine Städte zu legen und sie nicht schon früher zu höheren Lehranstalten gemacht hat. Ihre Aufgabe sei nunmehr beendet. Für unsere Volksschüler sei das beste Lehrmaterial gerade gut genug, daher müsse die neue Lehrerbildung durch die höheren Schulen und durch die Universitäten gehen. In der weiteren Aussprache, an der sich wiederholt die Abgg. Oelze (Dn.), Simon (Soz.), Gottwald (Ztr.), Kilian (Komm.), Hermann-Friedersdorf (Dn.) u. a. beteiligen, werden hauptsächlich Fragen auf dem Gebiete der Besoldungsordnung behandelt. Abg. Kilian fordert die Herausgabe einer Ministerialverfügung, welche die Schulverbände anweist, die Verfassung in bezug auf die verheirateten Lehrerinnen zu respektieren.

Ausführlich setzten sich noch die Abgeordneten Pischke (D. Volksp.), Hermann (Dn.), König-Swinemünde (Soz.) und Kimpel (Dem.) über die Notwendigkeit und die Bedeutung der Mittelschule auseinander.

Es folgt die Beratung der Gesetzentwürfe betreffend Bereitstellung weiterer Staatsmittel zur Sicherung der staatlichen Stromversorgung im oberen Quellgebiet der Weser, für den Ausbau der Wasserkräfte in demselben Gebiet und der unteren Fulda und des Gesetzes für Bereitstellung weiterer Staatsmittel für den angeordneten Ausbau von Wasserkräften des Mains, die nach längerer Aussprache um 5¼ Uhr auf Freitag 12 Uhr vertagt wird.

Um das Branntweinmonopol.

Deutscher Reichstag.

181. Sitzung, 9. März, 2 Uhr.

Der Gesetzentwurf über die Verwendung von Wartegeldempfängern wird auf Antrag Scheidemann (Soz.) ohne Erörterung einem Ausschuß überwiesen. Es folgt die

zweite Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Aenderung des Branntweinmonopols.

Nach dem grundlegenden ersten Paragraphen soll der Geschäftsbereich der Monopolverwaltung nunmehr umfassen die Uebernahme des im Monopolgebiet hergestellten Branntweins aus den Brennereien, die Herstellung von Trinkbranntwein, die Einfuhr von Branntwein aus dem Ausland, die Reinigung und die Verwertung von Branntwein und den Branntweinhandel.

Abg. Eggerstedt (Soz.).

Die Sozialdemokratie ist unter dem Eindruck der großen Finanznot des Reiches an die Beratungen der Steuergesetze herangegangen. Der Republik die nötigen Mittel zum Leben zu geben, dabei die Lasten so zu verteilen, daß die wirtschaftlich Schwachen geschützt werden, war das Leitmotiv unserer Arbeit. Wenn uns das Letztere nicht in dem Maße gelungen ist, wie es uns wünschenswert erscheint, so liegt die Schuld hierfür in den politischen Verhältnissen Deutschlands. Unter Berücksichtigung der innerpolitischen Verhältnisse und der außenpolitischen Zwangslage müssen wir manchem Steuergesetz unsere Zustimmung geben, das sich hart der Grenze des für uns Erträglichen nähert. Auch dem Gesetz über das Branntweinmonopol haben wir aus diesen Motiven zugestimmt. Die Steigerung des Steuergesetzes um 500 Prozent wird manchem ungeheuerlich erscheinen. Die Entente würde es aber gerade beim Branntwein kaum verstehen, wenn die Belastung bei uns weniger stark wäre wie in ihren Ländern. Die Regierung hofft aus dieser Erhöhung eine Einnahme von 1,6 Milliarden zu erzielen.

Man hat bei den Beratungen immer wieder Wert darauf gelegt, das Monopolamt mit dem Privatgewerbe völlig gleich zu stellen, dem Monopolamt keine Vorzugsstellung zu gewähren. Wir haben diese Gleichstellung auf das gesamte Gewerbe übertragen. Eine unterschiedliche Behandlung hätten wir sehr gern bei der Besteuerung des Trinkbranntweins eintreten lassen. Wir glauben nämlich, daß die besseren Liköre eine höhere Besteuerung vertragen als die gewöhnlichen Trinkbranntweine. Wir müssen aber einen entsprechenden Antrag fallen lassen, weil die Regierung erklärte, daß das kommende Landessteuergesetz diese Steuerquellen den Gemeinden zur Erschließung überläßt. Die Vertreter der Landwirtschaft haben ihr Eintreten für eine Bevorzugung der landwirtschaftlichen Brennereien stets mit dem Hinweis mit Allgemeininteressen begründet. Nach dem Verlauf der letzten Tagungen landwirtschaftlicher Organisation können wir uns jedoch der Anschauung nicht verschließen, daß sich die Landwirtschaft auch hierbei nur von Profitinteressen leiten läßt.

Der Monopolverwaltung ist ein Gewerbeausschuß und ein Beirat beizugeben. Der Redner verbreitet sich dann über die Zusammensetzung und die Aufgaben dieser Körperschaften und fährt dann fort: „Aus den Erträgnissen der Branntweinsteuer sollen verwendet werden bis zu 16 Millionen Mark zur Verbilligung der Kosten der weingeisthaltigen Heilmittel für die minderbemittelte Bevölkerung, bis zu 30 Millionen Mark zur Verbilligung des in öffentlichen Kranken-, Entbindungs- und der öffentlichen Gesundheitspflege dienenden Anstalten oder in öffentlichen wissenschaftlichen Lehr- und Forschungsanstalten verwendeten Branntweins. 30 Millionen sollen der Bekämpfung der Trunksucht, der Tuberkulose und der Geschlechtskrankheiten dienen. Man kann über die Zweckmäßigkeit, von den Einnahmen eines Gesetzes gleich so und so viel Mittel zu bestimmten Zwecken bereitzustellen, streiten, aber wir haben die unabweisbare Pflicht, die Minderbemittelten und den Leidenden zu helfen. Wir betrachten das Gesetz nicht als ein abgeschlossenes Ganzes, sondern nur als eine Etappe auf dem Wege zum Vollmonopol. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Schulz-Gahnen (Ztr.): **Durch das Gesetz wird die Mehrzahl aller Industrien berührt. Durch den Beirat hat die Oeffentlichkeit und auch der Reichstag ein Kontrollorgan. Der Entschließung des Ausschusses, die die Verwertungsstelle des Monopols in eine Aktiengesellschaft umgestalten will, stimmen wir zu.** (Beifall im Ztr.)

Abg. Korner (Dn.) **wünscht eine engere Begrenzung des Monopols. Der Landwirtschaft muß möglichst im alten Umfange der notwendige Hilfsbetrieb der Brennerei erhalten bleiben.**

Abg. Dusche (DVP.) **bedauert, daß das Branntweinmonopolgesetz außerhalb des allgemeinen Rahmens der Steuergesetze behandelt wird und wünscht weitmöglichste Umwandlung der Verwertungsstelle in eine Aktiengesellschaft.**

Abg. Puchta (Unabh.): **Einen Schritt zum Vollmonopol können wir in diesem Gesetz nicht erblicken. Für eine staatliche Schnapsfabrikation können wir uns nicht begeistern. Wir lehnen dieses Gesetz ab, da die anderen Steuerquellen noch nicht erschöpft sind. Der Arbeiterschaft ist nur der Rat zu geben, dem Beispiel unseres Vizepräsidenten Dietrich zu folgen, der, zwar großer Schnapsbrenner, keinen Tropfen Alkohol genießt und sich blühender Gesundheit erfreut.** (Heiterkeit.)

Abg. Dietrich-Baden (Dem.): **An dem Monopol wird festzuhalten sein, wenngleich auch wir die Umwandlung der Verwertungsstelle in eine Aktiengesellschaft wünschen.**

Abg. Herbert-Franken (Bayer. Volksp.): **Das Gesetz bringt namentlich für Süddeutschland ganz besondere Härten. Ein Vollmonopol könnte uns nicht beglücken, es würde ein Schritt zur Sozialisierung sein.**

Abg. Geyer (K. A. G.): **Wir lehnen das Gesetz ab und beantragen eine Entschließung, durch die die Regierung aufgefordert wird alsbald einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Herstellung, den Transport, die Ein- und Ausfuhr von Branntwein verbietet.**

Damit schließt die allgemeine Aussprache. Nächste Sitzung Freitag 2 Uhr. (Pensionskürzungsgesetz, Kapitalflucht. Fortsetzung des Branntweinmonopols, Etat des Reichsernährungsministeriums.) Schluß 6 Uhr.

Antje Möller.

Roman von

Kurt von der Eider.

(64. Fortsetzung.)

Einige Tage darnach fuhr Andrees das Heu ein. Er war schon in Sorge darüber gewesen, wie er ohne Hilfe das Heu von dem Wagen auf den Boden bringen sollte. Als er aber vorfuhr, stand Wiebke schon mit der Heugabel in der Hand in der geöffneten Luke, um oben die Heuschnaden in Empfang zu nehmen und auf den Boden zu befördern.

Ueberall trat sie ihm jetzt hilfreich zur Seite. Fröhliche Worte flogen mittags über den Tisch hin und her. Liebevoll und freundlich blickten sie sich in die Augen. Kein Mißtrauen störte die Freundschaft.

Die alte Gitta saß dabei mit freundlicher Miene, ließ sich das Essen gut schmecken und nickte behaglich ein. Sie sah nicht, daß in den Herzen der beiden jungen Menschen etwas wach geworden war. Kein Ahnen einer kommenden Gefahr befiel sie.

Der Sonntag kam. Wiebke setzte Mutter Gitta die Sonntagshaube auf und legte ihr das feine Umschlagetuch um. Die Alte faltete fromm die Hände; sie wußte jetzt, daß es Sonntag war.

Am Nachmittag las Wiebke vor. Sie wußte, daß sie nur für sich und Andrees las, und jedesmal, wenn sie an eine schöne Stelle kam, blickte sie auf und nickte ihm zu.

Am Abend standen sie vor der Tür und sahen in die untergehende Sonne. Wiebke erzählte ihm, daß sie an jenem Abend ausgegangen war, die Spinnerin zu treffen.

Andrees sah sinnend in die Ferne. Er dachte an Mieken, sein fernes Liebchen, das mit ihrem ungeduldigen Herzen so geduldig auf ihn wartete. Wie, wenn, er die goldene Haspel bekäme? Dann könnte er dem Bauern Heisternest ablaufen und Mieken heiraten.

„Ich möchte es wohl auch mal versuchen," sagte er.

„Tue es nicht," sagte sie, „du brauchst kein Geld, um glücklich zu werden."

Am anderen Abend sagte Wiebke: „Weißt du, ich möchte so gern mal wieder in den Wald." Sie trug ein hübsches, blaues Kleid und war fast sonntäglich gekleidet. So holte auch Andrees seine Sonntagsmütze.

Sie gingen heute von einer anderen Seite in den Wald. Es war Frühabend, der Himmel leuchtete in heller, blauer Glut; unbeweglich standen die finsteren, hohen Tannen, ihre schwarzen Zweigarme anbetend emporgereckt, ernsten Männern gleich, die verzaubert in blaue Augen starren.

Andrees sah zu Wiebke auf, die die Anhöhe hinauf groß und leuchtend in ihrem blauen Kleide vor ihm herschritt und sich ab und zu nach ihm umsah. Wie schön sie war! Wie gut die kommende und wieder verfliegende Röte im Gesicht sie kleidete! Welch großmütige Güte in ihren Augen lag!

Jetzt waren sie in dem Walde. Dicht aneinander gingen sie und hörten ihren Atem, hörten ihre Herzen pochen. Sie sahen sich in die Augen und erschraken fast vor sich selber.

„Wir wollen nach Hause gehen", sagte Wiebke leise.

„Ja, das wollen wir."

Als Andrees an diesem Abend zur Ruhe ging, fiel ihm ein, daß er den ganzen Tag über nicht an seine kleine Mieken gedacht hatte. Er nahm sich vor, ihr bei nächster Gelegenheit einen Brief zu schreiben.

*

„Andrees, erzähle doch mal etwas aus deiner Kindheit!" bat Wiebke eines Abends, als sie ihm in der kleinen Laube, die er hinter der Weißdornhecke zurecht gezimmert hatte, gegenübersaß.

Andrees besann sich. „Was ist da groß zu erzählen? Da war eine alte, grasbewachsene Dorfstraße, wo die Hühner darauf spazieren gingen, und beinahe ganz am Ende stand ein kleines Häuschen. Von dem Fenster standen Bonbonhäfen, und in der Haustür, — die war nach der alten Mode — da war eine Luke drin. Aus dieser guckte manchmal ein liebes Gesicht und nickte und lächelte und verschwand wieder. Gerade als wenn die Sonne mal für einen Augenblick scheint. Mitunter tat sich auch die Tür auf, und eine kleine Frau trat heraus und lugte über die Straße und rief: „Andrees!" Manchmal aber guckte aus der Luke ein alter Mann mit einem Schelmengesicht, der lächelte auch, und dann wurde sein Gesicht voller Falten. Er drohte mit dem Zeigefinger der rechten Hand; mit der linken hielt er eine kurze Tabakspfeife. Dann und wann guckte noch ein zweites Gesicht aus der Luke, ebenso alt, ebenso runzlig, mit derselben kurzen Pfeife im Munde. Ueber die Straße hüpfte dann wohl ein kleines Mädchen mit einem großen Nähkasten unter dem Arm. Dazu schien meistens die Sonne, und neben dem Häuschen über dem Zaun nickten rötlich-blaue Syringen und weiße Fliederbeerblüten; ungefähr so war es bei uns zu Hause in meiner Kindheit."

Wiebke sah mit feuchten Augen zu ihm auf. „Es wird einem ordentlich warm, wenn du von deiner Kindheit erzählst. Ach, Andrees, wenn ich zurückdenke, dann muß ich allemal frieren. Dann muß ich immer an Schnee und Eis denken, als ob es nie einen Sommer auf Rethwischhof gegeben hätte."

Er nickte sinnend. „Ja," sagte er, „ich hatte mir Rethwischhof auch immer ganz anders vorgestellt. Meine Mutter erzählte mir mal als Kind von einem großen Hause, in dessen Fenstern sich der Sonnenschein verfangen hätte, daß es aussähe, als als wäre es innen voll lauter Gold, und ringsum wüchse hohes Reth, und jeder einzelne Rethhalm hätte eine Stimme und könnte singen. Aber die Lieder, die sie sängen, wären alle traurig. Ich glaube, was die Mutter erzählte, gehörte zu einem alten Märchen, aber ich konnte es doch nie wieder vergessen. Als ich dann als Knabe zum ersten Male deinen Vater sah und den Namen Rethwischhof hörte, machte ich mir ein Bild davon; ich stellte mir dann immer das Haus mit dem eldigen Fenstern und den singenden Rethwisch vor. Als ich dann selbst hinkam, war alles ganz anders als ich gedacht hatte."

„Da war alles finster und ernst, nicht wahr?"

Er nickte.

„Aber du sagst, du hast meinen Vater schon gekannt, als du noch Knabe warst?"

„Ja, er war einmal bei meiner Mutter in Immstedt, das war vor vielen Jahren; aber ich weiß es noch, als wäre es gestern gewesen."

„Ach, wie sonderbar das ist! Du, wie sieht deine Mutter aus?"

„Sie hat braune Augen wie ich und hellgoldenes Haar, ich meine gelbes."

„Nein, ich meine ob sie nett ist?"

„Nett? Sie ist ein Engel."

„O, Andrees, wie reich du bist."

„Arme Wiebke!"

Er sah sie an. Zwei helle Tränen zitterten in ihren Augen. Er reichte ihr die Hand über den Tisch hinweg, und sie legte ihr weinendes Gesicht hinein.

Ein großes inniges Mitleid erfüllte ihn. „Wiebke," rief er, „weine doch man nicht."

„Ich bin so verlassen", murmelte sie, „kein Mensch auf der Welt hat mich lieb."

Er tröstete sie, wie man ein trauriges Kind tröstet. „Sei stille," bat er, „ich habe dich lieb. Ja, gewiß, ich habe dich lieb."

Sie lehnte ihren Kopf an seine Schulter, und er strich ihr übers Haar, und als sie dann endlich, sich an ihn schmiegend, aufhörte zu weinen, fügte er sie auf die Stirn, wie man ein gehorchendes Kind zum Lohne küßt.

Als sie ihn dann zärtlich ansah, dachte er an Mieken; er erhob sich und ging unter einem Vorwande ins Haus.

Wiebke blieb allein. Sie sah still vor sich hin und errötete unter ihren Gedanken.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519220310-14/fragment/page=0002

Das „gefälschte Geheimdokument“ der Reichsgewerkschaft.

Von der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner wird uns geschrieben:

Vor einigen Tagen verbreitete das „Berliner Tageblatt“ eine Meldung über „Die Geheimverordnungen der Obersten Streilleitung“ während des Eisenbahnbeamtenstreiks. Darin wurde ein Dokument veröffentlicht, das als die „Richtlinien für die Durchführung eines Generalstreiks auf der Eisenbahn“ bezeichnet war. Diese sogenannten Richtlinien enthielten ausführliche Angaben über Sabotage, Verwendung des Personals, Transport Bewaffneter, Verhalten gegen das Publikum, Terror, Unterstützungsgelder, Geheimorganisation und Anweisung über das Verhalten der Mitglieder der Streikleitung. Die ganze Sache war durch geheimnisvolle Aktenzeichen und ein bestimmtes Datum glaubhaft zu machen versucht und verfolgte offenbar den Zweck, die beendete große Bewegung der deutschen Eisenbahnbeamtenschaft noch nachträglich zu verdächtigen. Offenbar ging die Meldung von einer Seite aus, die schon

während der ganzen Dauer der Eisenbahnerbewegung

dem „Berliner Tageblatt“ Tartarennachrichten ähnlicher Art hatte zukommen lassen, deren Wirkung man leider auch in der übrigen Presse feststellen mußte. Auf diese Weise ist die öffentliche Meinung systematisch irregeführt worden und es muß mit Bedauern festgestellt werden, daß dadurch die unvermeidliche Spannung zwischen den kämpfenden Eisenbahnbeamten und dem Publikum in unnötiger Weise verschärft worden ist. Denn bei sachverständiger Berichterstattung hätte auch das Publikum einsehen müssen, daß der Kampf der Eisenbahner in jeder Beziehung durch weitestgehende Rücksichten auf die Allgemeinheit sich auszeichnete.

Wenn nun noch nachträglich eine große Zeitung wie das „Berliner Tageblatt“ sich dazu hergibt, durch Abdruck eines zweifellos gefälschten Dokuments weitere Verwirrung in das Publikum zu bringen, so sehen wir uns veranlaßt, demgegenüber folgendes festzustellen:

„Das ganze, vom „Berliner Tageblatt“ in der Morgenausgabe des 3. März d. Js. abgedruckte Schriftstück ist

von A bis Z frei erfunden.

Keinem Mitgliede des geschäftsführenden Ausschusses — die Bezeichnung „Oberste Streikleitung“ hat es ebensowenig wie die Bezeichnung „Generalstreik“ bei uns gegeben — ist eine Zeile dieser angeblichen Richtlinien bekannt geworden. Mithin muß das ganze Dokument — falls ein solches überhaupt existiert — außerhalb der Reichsgewerkschaftsleitung von unberufener, wenn nicht gar von böswilliger Seite zu durchsichtigen Zwecken angefertigt worden sein.

Es ist also unwahr, daß von der Reichsgewerkschaftsleitung überhaupt irgendwelche Sabotage-Richtlinien herausgegeben worden seien.

Es ist ferner unwahr, daß der „Transport Bewaffneter“ von uns irgendwie in Erwägung gezogen wäre. Wahr ist vielmehr, daß die Reichsgewerkschaft ebensowenig Richtlinien für die Ausführung von Transporten Bewaffneter wie für sonstige Transporte während des Streiks ausgegeben hat und daß sie mit „Bewaffneten“ niemals und nirgends Beziehungen irgendwelcher erdenklichen Art unterhalten hat oder an derlei abenteuerliche Hirngespinste auch nur im entferntesten einen Gedanken zu verschwenden gedenkt. Unsere Organisation ist eine reine Gewerkschaft im absoluten Sinne dieses Wortes und weist derartige beleidigende Unterstellungen auf das entschiedenste zurück. Unwahr ist ferner, daß ein polizeimäßiges Verhalten gegenüber dem Publikum oder die Anwendung von Terror empfohlen worden sei. **Das ganze angebliche Reichsgewerkschaftsdokument ist ein dreister Akt unerhörter Verleumdung,** und wir werden im Falle seiner Weiterverbreitung gegen die dafür Verantwortlichen die entsprechenden gerichtlichen Schritte einleiten.“

Im übrigen weisen wir darauf hin, daß in den von der Zentralstreikleitung herausgegebenen „Ausführungsbestimmungen zur Durchführung von Dienst- bezw. Arbeitseinteilung auf den Eisenbahnen“, die in 30 000 Exemplaren im Lande verbreitet waren, und die als

einzige offizielle Richtlinien zu gelten haben,

genau das Gegenteil von dem steht, was das oben bezeichnete Dokument behauptet. So heißt es darin z. B. wörtlich: „Notstandsarbeiten sind auszuführen, um den Schutz und die Sicherung des Bahneigentums und der Bahnanlagen zu ermöglichen.“ Weiter steht dort: „Irgendwelchen Verwickelungen mit Militärorganen oder mit Krakeelern aus dem Publikum ist aus dem Wege zu gehen.“ Und schließlich: „Gegen wilde Maßnahmen und Sabotage ist einzuschreiten.“ Wie man aus diesen klaren und völlig eindeutigen Bestimmungen den Willen zur Sabotage, die Absicht bewaffneten Widerstandes oder irgendwelchen Terrorismus gegen Kollegen und Publikum schließen kann, bleibt ein Geheimnis der Verfertiger solcher Dokumente, die eine anständige Presse zu verbreiten sich hüten sollte.

*

Die in der Zuschrift erwähnten und im „Berliner Tageblatt“ veröffentlichten Richtlinien waren der sozialdemokratischen Presse allgemein so albern vorgekommen, daß sie überhaupt nicht davon Notiz nahm oder sie sofort als unwahrscheinlich bezeichnete.

Weitere Beschuldigungen gegen Hermes.

Strafantrag gegen die „Freiheit“.

Die „Freiheit“ setzt heute ihre Beschuldigungen gegen den Reichsernährungsminister Dr. Hermes fort. Das unabhängige Zentralorgan behauptet, Dr. Hermes habe als Gegenleistung für die billige Weinlieferung dem Trierer Winzerverband 8000 Zentner Zucker zugewiesen, trotzdem die Reichszuckerstelle diese Zuweisung nicht für erforderlich gehalten habe und Versuche ähnlicher Art in früheren Fällen abgelehnt worden seien. Auch sei entgegen der bisherigen Praxis Preußens Mitbestimmungsrecht ausgeschaltet worden. In Uebereinstimmung mit dem „Vorwärts“ erklärt die volksparteiliche „Zeit“ zu der Angelegenheit, daß, nachdem Dr. Hermes gegen die „Freiheit“ Strafantrag gestellt hat, sein Fall in erster Linie eine Angelegenheit der Gerichte geworden sei.

Kein Wechsel im Berliner Polizeipräsidium.

Genosse Richter bleibt.

In einigen Berliner Zeitungen waren in diesen Tagen Mitteilungen über einen Ersatz des gegenwärtigen Polizeipräsidenten Richter durch einen namentlich genannten, anderen höheren preußischen Beamten erschienen, die, als amtlich auf ihre Unrichtigkeit hingewiesen worden war, wenigstens insofern aufrecht erhalten wurden, als behauptet wurde, daß jedenfalls die Abberufung des Polizeipräsidenten Richter unmittelbar bevorstehe. Der amtlich Preußische Pressedienst teilt hierzu nunmehr mit, daß auch diese Auffassung falsch sei, und daß an der hierzu allein zuständigen Stelle nicht die Absicht bestehe, einen Wechsel im Berliner Polizeipräsidium eintreten zu lassen.

Wirtschaft.

Große Bankverluste?

An der Berliner Börse führt man die Kurssteigerung der Devisen in den letzten Tagen darauf zurück, daß große Baisseengagements gedeckt werden mußten. Im Zusammenhang hiermit gehen Gerüchte über bedeutende Verluste Westdeutscher Bankinstitute um. Diese Notdeckungen haben offenbar ihr Ende erreicht. Infolgedessen war die Tendenz des Devisenmarktes heute bedeutend schwächer. Amtlich notierte Kabel Neuyork 250, London 1097,50, Holland 9575. An der Effektenbörse trat ebenfalls eine kräftige Abschwächung ein, die teils mit den erwähnten Gerüchten und teils mit der Geldknappheit zusammenhängt.

Lockerung der Ausfuhrkontrolle?

Wie die „D. A. Z.“ hört, steht die Aufhebung der Stelle des Reichsbeauftragten für die Ueberwachung der Ein- und Ausfuhr bevor. Die Geschäfte gehen auf die Zollverwaltung bezw. die Reichsfinanzverwaltung über.

Handelsvertrag zwischen Deutschland und Jugoslawien.

Laut „D. A. Z.“ ist dem Reichsrat der Entwurf eines Gesetzes über einen vorläufigen Handelsvertrag zwischen dem deutschen Reiche und Jugoslawien zugegangen. Das Abkommen stellt das Ergebnis langwieriger Verhandlungen dar, die erst vor einiger Zeit in Belgrad zum Abschluß gebracht wurden.

Parteinachrichten.

Die Konferenz der sozialdemokratischen Redakteure.

Die politischen Redakteure der Parteipresse traten am Donnerstag gemeinsam mit dem Parteiausschuß im Reichstag zu einer Konferenz zusammen. Genosse Hermann Müller vom Parteivorstand referierte über die augenblickliche politische Situation. Er warnte vor einem allzu großen Optimismus in bezug auf die Konferenz von Genua, ging dann sehr ausführlich auf die Steuerberatungen ein und zeigte, wie schwer die Fraktion zu kämpfen hatte, um für die Arbeiterschaft das Bestmöglichste aus den Gesetzentwürfen herauszuholen. Bei der Besprechung der Frage der großen Koalition wies Genosse Müller sehr entschieden die Behauptung zurück, die Partei laufe der deutschen Volkspartei nach und sehne den Tag herbei, an dem sie sich mit ihr in die Regierungsgewalt teilen könne. Auch die in Aussicht stehende Präsidentenwahl zog Genosse Müller in den Kreis seiner Betrachtungen. Er stellte dabei fest, daß die Partei zu dieser Frage noch nicht Stellung genommen habe. In der sehr ausgedehnten Debatte kamen Redner aus allen Gebieten des Reiches zu Worte. Fast alle Redner billigten die Politik des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion. Den Schluß der Konferenz bildete ein Bericht des Genossen Otto Wels über die Fünfländerkonferenz in Frankfurt a. M.

Aus aller Welt.

Der todbringende Sturm.

Bei einem orkanartigen Sturm stürzte in Brüssel am Mittwoch eine entwurzelte Ulme auf einen Straßenbahnwagen. Zwei Personen wurden getötet. In dem Vororte Linn stürzte ein Kamin in einen Fabrikraum, wobei zwei Mädchen getötet wurden. — In Erkrath blies am gleichen Tag der Sturm eine Mauer der kürzlich durch Brand teilweise zerstörten Chamottefabrik um. Sie stürzte auf eine Arbeiteraufenthaltshütte und begrub 12 Arbeiter unter sich, die in der Hütte Mittagspause hielten. Acht Arbeiter, meist Familienväter, konnten nur als Leichen geborgen werden. Von den übrigen vier sind zwei schwerverletzt worden und der eine von ihnen ist seinen Verletzungen auf dem Transport ins Krankenhaus erlegen. Die letzten beiden wurden leichter verletzt.

Der Tote im Reisekorb.

Der in Leipzig ermordete Mann, dessen Leiche man kopflos in einem Reisekorb fand, ist der Händler und Kürschnermeister Conrad. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei haben nun auf die Spur des Täters geführt. In der Ewaldstraße 18 in Leipzig-Volkmarsdorf wohnt die Witwe Berta Hoffmann, die den Ermordeten näher kannte. Frau Hoffmann hatte mit dem Ermordeten öfters geschäftlich zu tun. Sie wurde am Mittwoch früh als der Täterschaft oder Mitwisserschaft verdächtig festgenommen und in das hiesige Polizeigefängnis eingeliefert. Die Frau gab bei der Vernehmung an, daß Conrad mit ihr einen Kauf über ein in Lindenthal liegendes Grundstück abgeschlossen habe. An dem Tage, an dem dies geschehen sei, habe sich in seiner Begleitung ein zweiter ihr unbekannter Mann befunden. Nach Abschluß des Kaufes habe Conrad über den von ihr empfangenen Betrag von 33 000 M. eine Quittung ausgestellt. Conrad und der Unbekannte hätten bei ihr zum Abendbrot bleiben wollen. Als sie von einigen Einkäufen dazu wieder zurückgekehrt sei, wäre Conrad nicht mehr anwesend gewesen. Der Unbekannte hätte mitgeteilt, Conrad käme bald wieder. Es sei aber für ihn inzwischen eine schwere Presse abgegeben worden, die er sogleich in den Reisekorb, den er in der Wohnung gefunden habe, gepackt habe. Er habe sie gebeten, diesen Korb mit der angeblichen Presse aus dem Hause zu bringen. Sie habe am Freitag den Korb zu ihren Bekannten nach Plagwitz gebracht und dort im Keller eingestellt. Von dort habe sie ihn auf Veranlassung des Unbekannten nach dem Hauptbahnhof gefahren, um ihn an den Magdeburger Schnellzug um 7 Uhr 14 zu bringen. Die weiteren Zeugenvernehmungen und eifrigen Ermittlungen der Kriminalpolizei haben immer mehr Belastungsmaterial gegen die Hoffmann zutage gefördert. Der Kopf des Ermordeten ist bisher noch nicht gefunden worden.

Brennende Grube. In Gelsenkirchen brach infolge des orkanartigen Sturmes auf der Zeche Mont Cenis in Herne ein Zuleitungsrohr der Teerdestillation. Der ausfließende Teer entzündete sich. Der Brand griff auf die Kokerei über. Der angerichtete Schaden wird auf drei bis vier Millionen Mark geschätzt.

Verantwortlich für leitenden Artikel, Politik und Feuilleton: i. V. Paul Täumel, für Lokales, Gewerkschaftliches u. Genossenschaftliches: Paul Täumel, für Provinzielles und Allgemeines: Karl Garbe, für Anzeigen und Verlag: Wilhelm Herzig, sämtlich in Halle.

Bei Lungenleiden, Tuberkulose, Asthma, Husten, Heiserkeit und allen sonstigen schweren Erkrankungen der Atmungsorgane schafft Dr. Cl. Wagners peruvian. Lungenbalsam Nymphosan (gesetzl. geschützt) in kurzer Zeit Hilfe. Der schwächende Nachtschweiß und der lästige Husten verschwinden, der Auswurf läßt nach und die schädlichen Bazillen werden vernichtet. Mit großem Erfolg seit Jahren erprobt, ärztlich verordnet u. empfohlen. Zahlr. Anerkennungen. Preis 30 Mk. Doppelflasche 55 Mk. Nur zu beziehen durch die Nymphenburg-Apotheke, München-Nymphenburg, L 150.

Familien-Nachrichten.

Nachruf.

Am 9. März starb plötzlich und gänzlich unerwartet unser Parteigenosse

Stadtrat Liebe.

Wir verlieren in ihm einen Genossen, der sich bemüht hat, in seinem schweren Beruf als Dezernent des Wohnungsamtes den sozialistischen Idealen gerecht zu werden.

Wir werden sein Andenken in Ehren halten!

Eisleben, den 10. März 1922.

Ortsverein Eisleben der SPD.

Nachruf!

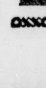
Am 9. März verschied durch ein tragisches Geschick das Magistratsmitglied

Herr Stadtrat Liebe.

Wir betrauern in ihm trotz seiner kurzen, nahezu einjährigen Tätigkeit einen allzeit hilfsbereiten, fleissigen und gewissenhaften Beamten. In seinen ihm unterstellten Dezernaten wirkte er mit aufopfernder Hingabe zum Wohle der gesamten Bürgerschaft und versuchte mit allen seinen Kräften an der Linderung der herrschenden Not, insbesondere auf dem Gebiete des Wohnungswesens, mitzuarbeiten. Sein jederzeit hilfsbereites und liebenswürdiges Wesen sowie sein ruhiger Charakter sichern ihm ein dauerndes Andenken.

Eisleben, den 10. März 1922.

Das Stadtverordneten-Kollegium.



Dampf-Waschanstalt Halloria
Marienstraße 2
2 Minuten v. Bahnhof entfernt.
Telephon 5692.
Spezialität: Herren-Stärke-Wäsche.
Famil.-Roll- u. Naßwäsche n. Gew. u. Stück

Was jeder Arbeitnehmer wissen sollte enthält in volkstümlicher Sprache und in kurzer, übersichtlicher, handlicher Form das Wirtschaftliche **Arbeitnehmer-Jahrbuch 1922**

Herausgegeben durch ein Kollegium von Arbeitern, Angestellten, Praktikern, Wirtschaftlern aller Gewerkschaften und Parteien.

Ersetzt eine ganze kostspielige Bibliothek
Umfang 240 Seiten. Preis nur 15.00 Mk.

Buchhandlung Volksstimme,
Gr. Ulrichstr. 27.

Kaufgesuche

Mandoline oder **Laute** gesucht. Off. m. Preis unt. V St 104 an d. Exp. d. Ztg.

Ich kaufe getragene und neue **Garderobe** und Militärbekleidung.
Hirsch, Brüderstr. 3 (Laden).

Alle Sorten Felle
Häute, Wolle, Roßhaare usw.
kaufen zu Höchstpreisen
Gebr. Dangiowitz,
Fischerplan 2.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519220310-14/fragment/page=0003

Wichtig für alle Leser der „Volksstimme“

Ausschneiden, aufbewahren! Erscheint nur einmal!

Das einzig dastehende Werk (13. Aufl.) mit 274 Naturabbildg. „**Die Entstehung, Entwicklung u. Geburt des Menschen**“ für Studierende, Aerzte, Hebammen u. erwachs. Laien v. **B. Zeitler sen.** unter Mitwirkung von **Dr. M. Ende, Dr. A. Foerg, Dr. A. Martin** und Geheimrat **Dr. Weinbrod**, ein Werk, wie es noch nicht geboten wurde, unter vielem anderen enthaltend: Bau des menschlichen Körpers. Das weibliche Becken vor, während und nach der Schwangerschaft — Geschlechtsleben des Weibes. — Geschlechtstrieb. — Befruchtung. — Zeugungsunfähigkeit des Mannes. — Unfruchtbarkeit des Weibes. — Schwangerschaft. — Störung derselben. — Empfängnisverhütung. — Verlauf der Geburt in den verschiedenen Lagen. — Wochenbett. — Säuglingspflege. — Kinderkrankheiten — Wöchnerinnenpflege — Scheidenspülungen. — Frauenleiden usw. gehört in jede Familie. Preis gebunden Mark 48.— netto.

Bestellzettel.
E. Fritz, Magdeburg H 1, Bandstr. 1
Senden Sie das Buch „Die Entwicklung d. Menschen“ f. Mk. 48.—
Porto extra! unter Nachnahme:
Name u. Stand: ....
Ort, Straße Nr.: ....

Sonnabend, den 11. März, 7½ Uhr, Mozartsaal

Deutsche Balladen

RUTH THORRIN

B. v. Münchhausen, Graf Strachwitz, F. Fouqué, J. v. Eichendorff, S. Kloerss, M. Geissler, W. Bloehm u. a.

Karten Mk. 4.60 bis 11.80 bei Hothan.

Stadt-Theater

Sonnab., den 11. März
Anf. 7½, Ende n. 10 Uhr
Mignon
Oper v. A. Thomas
Sonntag nachm.
Die Annalise
Sonntag abend
Der Schicksalstag

Zur Konfirmation

decken Sie Ihren Bedarf an

Uhren und Goldwaren

bei der als reell u. billig bekannten Firma

Amand Weiss,

Kleinschmieden 6.

Sie kaufen dort anerkannt gut u. billig!

Spezialität:

Trauringe (moderne Fassons)

333, 585, 750 und 900 gestempelt.

Operetten-Theater.

Allabendlich 7½ Uhr.
Nur noch 3 Aufführg.
Der Traum vom Glück
Pfeffer - Willi Schur.
Sonntag, den 12. März nachm. 3 Uhr kl. Preise.
Zum letzten Male:
Hollandweibchen.
Abends 7½ Uhr
zum letzten Male:
Der Traum vom Glück.
Kasse ab ½10 Tel. 6183
ununterbrochen geöffnet

Neu eingetroffen: Stückware in Manchester!

Am besten und billigsten kaufe ich meinen

Konfirmanden-Anzug!

Alte Abschlüsse, billige Preise.

In großer Auswahl finden Sie in prima haltbaren Stoffen, guter Verarbeitung, elegantem Schnitt:

Konfirmanden-Anzüge blau u. schwarz Cheviot, 1- u. 2-reih.	350 Mk.
Konfirmanden-Anzüge in Cheviot prima Qualität	450 Mk.
Konfirmanden-Anzüge in Bukskin, 1- u. 2-reihig	550 Mk.
Konfirmanden-Anzüge in bl. Kammgarn-Cheviot, 1- u. 2-reih. fertig und nach Maß	650 Mk.

und höher.

Moritz Rosenthal,

Leipziger Straße 1 (im alten Rathaus).

Sämereien!

Busch-, Stangen- und Puffbohnen, Erbsen, Gurken, Kürbis, Blumenkohl, Weißkohl, Rotkohl, Wirsing, Rosenkohl, Blätterkohl, Kohlrabi, Kohlrüben, Rote Rüben, Karotten, Möhren, Radies, Rettich, Kopfsalat, Pflücksalat, Porree, Petersilie, Sellerie, Rabinschen, Spinat, Mangold, Tomaten, Zwiebeln, Bohnenkraut, Majoran

Futterrüben, Grassamen

Rotklee, Luzerne, Esparsette, Inkarnatklee

Saat-Perl-Mais

derselbe reift vollständig aus, gedeiht in jedem Boden, da wertvolles Hühnerfutter, ist der Anbau sehr zu empfehlen.

Sommerblumen

für Schnitt, Rabatten und Beete, Balkons usw.

Ferner

Gartengeräte, Ungeziefer-Vertilgungsmittel, Bast, Gießkannen, Düngemittel, Torfmull, Baum- und Rosenpfähle, Kleingarten-Säemaschinen usw. usw.

Verlangen Sie kostenfrei Preisverzeichnis.

Max Krug, Samenhandlg., **Halle S.,**
Talamtstraße 3 (am Hallmarkt). Fernruf 5562.

Kieler Fischbörse.

Feinste Tafel-Margarine Pfund	24⁰⁰
Bauernkäse Stück 1.30 1.70	2⁰⁰
Bücklinge Pfund	6⁰⁰

19 nur Steinweg 19

Kramers Konzerthaus
Delitzscher Str. 2
am Riebeckplatz
Oberbayerisches Bauern-Kabarett

Tel. 1577. Tel. 1577.

Rohstoff-Verwertungs-G. m. b. H.

Domplatz 9

zahlt die höchsten Tagespreise für

Lumpen, Papierabfälle, Zeitungen, Bücher, Felle, Knochen, Wein- u. Sektflaschen, Alteisen u. Altmetalle

---

Starke dauerhafte

Rucksäcke

sehr preiswert bei
Hugo Krasemann,
Leder-Spezialgesch.
nur
Schmeerstr. 19.

Konfirmanden-Anzüge

nur aus echten blauen
Cheviot - Qualitäten
auch nach längerem Tragen noch echt in Farbe und tadellos im Sitz.
Nur eigene Fabrikate, deshalb wirklich
billige Preise

Preise
M. 450
„ 525
„ 580
„ 635
„ 690
„ 735
„ 785
„ 850

Beachten Sie bitte meine Schaufenster, auch ist die Besichtigung meiner Läger **ohne Kaufzwang** gern gestattet.

Lehrlings-Kleidung für alle Berufe.

Julius
Hammerschlag,
36 Gr. Ulrichstr. 36

Amtliche Bekanntmachungen Halle a. S.

Vergebung

der **Schlosserarbeiten** zum Ausbau des Südflügels, Westflügels und des Kornhauses der **Unterburg Giebichenstein** am **17. März 1922, vormittags 10 Uhr** Rathausstr. 6, Zimmer 106. Verdingungsunterlagen für 2 Mk. im Baubüro der Unterburg erhältlich.

Halle, den 9. März 1922.

Städtisches Hochbauamt.

Ausschreibung.

Die **Regulierung und Umpflasterung der Beesener Straße** zwischen Bugenhagen- und Huttenstraße soll im Wege der Wettbewerbung vergeben werden.

Angebote sind bis

Donnerstag, den 16. März 1922, vorm. 11 Uhr, im Magistrats-Büro I, Zimmer Nr. 23 des Wagegebäudes, einzureichen, woselbst die Bedingungen nebst Zeichnungen ausliegen und auch die Verdingungsanschläge gegen Erstattung der Unkosten in Höhe von 2 Mk. entnommen werden können.

Halle, den 8. März 1922.

Städtisches Tiefbauamt.

Herren-Ausstattungen
Handschuhe, Strumpf-, Wollwaren, Lederwaren, Spielwaren, Dauerwäsche.
G. Liebermann
Geiststr. 42.

ANZEIGEN

in der

VOLKSSTIMME

bringen dem Geschäftsmann die Erweiterung des Kundenkreises und Erhöhung des Umsatzes.

Alle Sorten Möbel
sowie
gute Federbetten
billig zu verkaufen.
Frau Thormann, Spitze 13

Trauringe

ohne Lötfuge
D.R.P.
Massiv Gold
333 585 750 u. 900 gestempelt
in allen Weiten u. verschiedenen Preislagen am Lager
Goldscharnier
Paar v. Mk. 40.— an.

Hermann Schladitz
Merseburg
Kleine Ritterstr. 11

Bruchbänder
Senkfuß-Einlagen
Geradehalter usw.
Fr. Speer, Halle (Saale),
Große Ulrichstraße 63.
Lieferant sämtl. Krankenkassen.

Auf Abzahlung!

Anzüge für Herren und Burschen, Manufakturwaren, Gardinen,
Möbel, Spiegel und Polsterwaren.
Carl Rasemann,
Alte Promenade 35 I.

Große Auswahl

in

Fahrrädern
Ersatz- u. Zubehörteile
Gummibereifung
empfiehlt
P. Krause,
Kleine Ulrichstraße 18 a,
(hinter Pottel & Broskowski).

Stellen finden.

Lohnende Nebenbeschäftigung

findet geeignete Frau in **Falkenberg** zum Sonnabends- und Sonntags-Gästebedienen.

Meldungen an **Arbeitsnachweis Falkenberg, Bez. Halle, im Gemeindeamt.**

Maurer

für hiesige und auswärtige Baustellen werden sofort eingestellt

Carl Lingesleben, Baugeschäft
Halle a. d. S. Dryanderstrasse 34.

Kesselschmied,

erfahren in der Reparatur von Lokomotivkesseln, tüchtig und zuverlässig, von hiesiger Braunkohlengrube zum sofortigen Antritt gesucht. Angebote unter **B. St. 108** an die Exp. dieser Zeitung.

Ehrlicher
Hausdiener,
zirka 18 Jahre alt, wird gesucht.
Graf, Markt 11.

Jeder kauft
Kaffee : Kakao : Tee
Schokolade : Gewürze
Waschartikel
preiswert und gut bei
Otto Bornschein,
G. m. b. H.,
Halle, Mittelstraße 21.

Schultornister

zu bekannt billigen Preisen bei
Friedrich Pietsch,
Sattlermeister,
Schwetschkestraße 41.

Schülermützen

kaufen Sie am besten in der Mützenfabrik bei
J. Kaliga, Gr. Klausstraße 35.

Wir wollen mit unserem heutigen Angebot unserer Kundschaft

Aussergewöhnliches bieten

In allen Abteilungen hervorragend billige Angebote.

Schotten	doppeltbreit, in vielen geschmackvollen Farben . . . Meter 59.50	45⁰⁰
Blusenstreifen	in vielen Mustern . . . Meter 59.50	56⁰⁰
Rockstreifen	grau gestreift, 100 cm breit . . . Meter	89⁵⁰
Popeline	ca. 105 cm breit, in mehr. Farben, reine Wolle . . . Meter	135⁰⁰
Eolienne	ca. 100 cm breit, Wolle mit Seide, schöne glanzr. Qual . Meter 250.00	220⁰⁰

Kinder-Klapp- und Sportwagen
im 2. Stock in großer Auswahl zu billigsten Preisen.

Damen-Hemden	aus gut. Hemdentuch mit breit. Stickerei garniert	69⁵⁰
Knie-Beinkleider	mit br. Stoffvolant und Languette . . .	59⁵⁰
Untertaillen	ganz aus Stickerei . . .	22⁷⁵
Stickerei-Unterrock	mit breitem Sticker.-Volant . . .	69⁷⁵

Korsetts f. Konfirmandinnen	Stck.	44⁰⁰
Damen-Korsetts	extra lange Form 95.00	85⁰⁰

Blusen-Schürzen	aus gestreiftem Gingham gute Qualität . . .	44⁵⁰
Wiener-Schürzen	aus gestreiften, getupften u. bunten Stoffen . . .	49⁵⁰
Kinder-Schürzen	aus bunten Stoffen 16.75	11⁷⁵
Damen-Taschentücher	mit Hohlsaum u. handgestickter Ecke . . .	4⁷⁵
Damen-Taschentücher	mit farbiger Kurbelkante . . .	5⁷⁵
Herren-Taschentücher	farbig . . . 9.75	8⁷⁵

Scheibengardinen	abgepaßt, weiß u. creme Stck.	7⁷⁵
Querspitze	gute Qualität . . . Meter	4⁹⁵
Gardinen	breite Ware . . . Meter	16⁵⁰
Oberhemden	farbig . . . Stück	165⁰⁰
Breite Selbstbinder	. . .	14⁷⁵
Hosenträger	Gummi . . . Paar	17⁷⁵

Damen-Strümpfe	mod. Kleiderfarb., verstärkte Fersen und Spitze . Paar	14⁷⁵
Damen-Strümpfe	engl., lang, schwarz, weiß und leder . . Paar	26⁷⁵
Herren-Socken	grau . . . Paar	9⁷⁵

Damen-Boxcalf-Spangen-Schuh	mod. Form Paar	195⁰⁰
Damen-Schnür-Schuhe m. Lackkappe	Paar	235⁰⁰
Konfirmanden Stiefel	Paar 210.00	195⁰⁰

Wasch-Kernseife 65% Fettgeh. Doppelst.	6⁰⁰	Blumen-Fettseife . . . Stück	2⁷⁵
Lanolin-Seife . . .	5⁷⁵	Feinste Mandelseife . . .	5⁵⁰

Unser extra billiger **Kurzwaren-Verkauf** geht weiter!

Halsketten . Stück	3⁷⁵	Taschenbügel Stück	10⁷⁵
Frisierkämme Stück	7⁷⁵	Halsketten . . Stück	6⁷⁵

Leopold Nussbaum

Das führende Kauf- u. Warenhaus Halles

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519220310-14/fragment/page=0004
DFG

Partei-Angelegenheiten.

Arbeiter-Jugend. Gruppe Zentrum: Heute abend findet im Mozartheim, Weidenplan, ein sehr wichtiger Vortrag des Genossen Albanus über die Entwicklung der gewerblichen Betriebsformen statt.

Für die Lehrlinge der Kleinmeister in der Metallindustrie findet heute abend 7½ Uhr im Volkspark eine vom Metallarbeiter-Verband einberufene Versammlung statt.

Der Vorstand.

Halle und Saalkreisorte.

Halle, 10. März 1922.

Sitzung des Haushaltausschusses.

Erhöhung der Hundesteuer.

Der Magistrat fordert in einer Vorlage die Erhöhung der Hundesteuer von 100 auf 300 Mk. für den ersten und von 300 auf 500 Mk. für den zweiten Hund. Der Ausschuß ging wesentlich über die Vorlage hinaus und setzte die Steuer folgendermaßen fest: 500 Mk. für den ersten und 800 Mk. für den zweiten Hund. Die Zwingerseuer wird nach dem Magistratsantrage auf 600 Mk. für die ersten drei Hunde und 150 Mk. für jeden weiteren Hund festgesetzt. An diesen Sätzen wurde im Interesse der Rassehundezucht nichts geändert. Im Ausschuß herrschte die Meinung vor, daß die Hundesteuer noch am leichtesten getragen werden könne, da hiermit in der Hauptsache ein Luxusbedürfnis getroffen werde. Für notwendige Wachhunde wird auf Antrag Steuererlaß gewährt bei einem Einkommen bis 40 000 M. (bisher 18 000 Mk.); ebenso für Blindenführerhunde usw. Berechtigten Bedürfnissen wird hierdurch Rechnung getragen.

Die Entschädigung für die Besitzer beim Mieteinigungsamt soll von 3.50 Mk. auf 7 Mk. für die Stunde erhöht werden, Mindestsatz 14, Höchstsatz 24 Mk. Die Neuregelung tritt am 1. März in Kraft. — Infolge Gewährung von Ueberteuerungszuschüssen an Beamte, Angestellte und Arbeiter in Reichs- und Staatsbetrieben muß für die Stadtgemeinde dieselbe Regelung getroffen werden. Die Beihilfe beträgt für das Vierteljahr pro Kopf 312 Mk. 50 Pfg. An jährlichen Mehrausgaben entstehen dadurch ca. 3 Mill. Mark. Die Vorlage wurde angenommen. — Für die Entnahme von Wasser aus der städtischen Leitung wird vom 1. 4. ab ein Preis von 1.80 Mk. pro cbm festgesetzt. —

Für Verbesserung und Erweiterung der Gasgewinnungsanlagen im Gaswerk soll eine kurzfristige Anleihe in Höhe von 1 850 000 Mk. aufgenommen werden; ebenso für Betriebsverbesserungen im Wasserwerk eine solche von 1.650.000 Mk., beide Anleihen sollen aus Ersparnissen im Betriebe in je fünf Jahren getilgt werden. Auch diesen Vorlagen wurde zugestimmt.

Schwurgericht.

Wegen Notzuchtsversuch, begangen an einem Dienstmädchen auf einem Felde bei Pansfelde, wurde vom Schwurgericht der Maurergeselle Friedr. Kraft aus P. zu 6 Mon. Gef. verurteilt, die bei 3jähr. Bewährungsfrist ausgesetzt werden.

Strafkammer.

Ein netter Pflegevater. — Schwerer Diebstahl. — Tarifeindlicher Arbeitgeber und kaufmännische Saufgelage.

Dem Fleischermeister Max Marggraf, Teutschenthal, hatte die Gemeinde ein Pflegekind übergeben, an dem dieser vom Jahre 1919 bis ins folgende unzüchtige Handlungen vornahm, wofür er jetzt 1 Jahr Gef. und Verlust der bgl. Ehrenrechte auf die Dauer von 3 J. erhält.

Der „Arbeiter" Karl Prinz aus Köthen brach am hellen Tage — im letzten Sommer — (als er sich auf Wanderschaft befand) in Gröbers in eine Arbeiterwohnung ein, wobei er 2 Anzüge, 2 Uhren, Bettwäsche, Schuhwerk, Seife und 1 Fahrrad stahl. Beim Verkauf desselben in Leipzig faßte man ihn. Alles übrige sah der Bestohlene nie wieder. Er beziffert den Gesamtschaden auf 3000 Mark, was natürlich viel zu niedrig ist. Prinz ist geständig, doch will er nur eine Uhr mitgenommen haben, die gen. Sachen hätten ihm fliegende Athändler am Brühl in L. abgekauft. Er kommt trotz einiger Vorstrafen noch einmal mit 6 Mon. Gef. davon. Die Untersuchungshaft wird ihm mit 6 Wochen angerechnet.

Zwei frühere Lehrlinge der Fa. Aug. Mann, hier, der jetzt 19jähr. Heinz Lange und der 21jähr. Fritz Voigt hatten sich eine unklare Sachlage im Geschäft ihres Lehrherrn zunutze gemacht, indem sie sich für Ueberstunden während der Wollauktionen in der Zeit vom Dezember 1920 bis September 1921 durch Mitnahme von Sammel- und Kehrwolle vom Speicher entschädigten. — Vorweg sei bemerkt, daß der damalige Geschäftsführer der Firma ihnen andeutungsweise Entschädigung in Wolle in Aussicht gestellt habe und daß ihnen entgegen früherem Brauch kein Weihnachtsgeschenk gegeben wurde, weil ich tariflich festgesetzte monatl. Entschädigung die früheren freiwillig gezahlten Taschengelder — bei ihrem Eintritt z. B. monatl. 60 Mark (!) — zum Verdruß des Arbeitgebers übertraf. — Lange lebte hier bei seiner Großmutter (einer Beamtenwitwe), die nur für seinen Lebensunterhalt sorgen konnte, so daß La. bezügl. der Gelder für Bekleidung usw. eigentlich immer in Not war, was ihn nicht hindert einer kaufmännischen „Verbindung"! anzugehören. Nach seiner Angabe wurde dort bei den Zusammenkünften ein „tüchtiger Schoppen" Bier (öfters auch Wein) getrunken und das machte seine Lage, trotz gelegentlicher „Spenden alter Herren", noch unhaltbarer. L. begnügte sich nicht mit kleinen Diebereien, sondern unterschlug eine Wollsendung, für die der Frachtbrief verloren gegangen war, vernichtete auch einmal einen solchen und nahm die Sendung gleichfalls selbst in Empfang. Die größeren Posten verkaufte für ihn ein „Verbindungsbruder", der sich selbst wegen chronischen Geldmangels als Teilhaber anbot. Alle Wolle kaufte die Fa. Bode, Rohprodukten, hier. Daß der „Freund" auch an B. verkaufte, will L. nicht veranlaßt haben. Er hatte dem Kumpan auch nie von seinen Geschäften mit dieser Firma erzählt. Das Geschäft wurde von beiden recht kaufmännisch „aufgezogen", mit Einspeicherung usw. B. hat unabhängig von L. Wollpakete zu B. gebracht und dem Kollegen nur einige Mal beim Einpacken von „dessen" Säcken geholfen. — B. ist der Sohn eines richtigen „Agrariers" und kam erst, nachdem er durch die Auflösung der „Selbstschutzverbände" brotlos geworden, in die Lehre zur Fa. Mann, weil sein Vater mit dem Mitinhaber derselben bekannt war. — Das Gericht verurteilt schließlich L. wegen fortgesetzten Diebstahls und 2 Unterschlagungen sowie Vernichtung einer Urkunde zu insgesamt 6 Mon. Gef., B. wegen der erheblich kleineren Diebereien (denn bei L. handelte es sich um ca. 18 Zentner) zu 6 Wchn. Gef., die Strafe wird bei beiden mit 3jähr. Bewährungsfrist ausgesetzt.

Zeugen gesucht.

Ueber einen Vorgang vor dem Polizeidienstgebäude in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag, der auf's schärfste zu verurteilen ist, wenn die Darstellung zutrifft, erhalten wir folgende Zuschrift:

Ein angetrunkener junger Mann war zur Wache sistiert worden und ein Verwandter von ihm war als Zeuge freiwillig mitgegangen. Derselbe wurde aber nicht mit ins Gebäude gelassen, wartete deshalb vor dem Gebäude. Beim Polizeiwechsel gingen ein ganzes Teil Beamte ein und aus ohne ihm etwas zu sagen. Bis zwei Beamte aus dem Gebäude kamen, die später in der Richtung Moritzkirche weiter gingen. Einer derselben forderte den Wartenden im harschen Tone auf, weiter zu gehen. Auf seinen verneinenden Hinweis, daß er auf jemand warte, wurde ihm von dem Beamten ein Stoß vor die Brust versetzt, sodaß er auf den Fahrdamm taumelte. Selbst auf den Hinweis, was er sich gegenüber einem hallischen Bürger erlaube, wiederholte der Beamte seine tätlichen Angriffe, bis der Angegriffene vor der Umzäunung der Bedürfnisanstalt nicht mehr weiter konnte. Bemerkt muß werden, daß der Angegriffene nicht etwa betrunken war. Der Vorgang ist dem Stadtrat Dölitz zur Anzeige gebracht und es ergeht an die drei Herren, die Zeuge des Vorfalles an der Hallorenstraße waren, und den Angegriffenen anprachen die Bitte, ihre Adresse im Verlag dieser Zeitung niederzulegen. —

Weiter besagt die Zuschrift: Den angetrunkenen jungen Mann selbst hat man in der Wache arg zugerichtet. Weil er seinen Namen nicht buchstabieren wollte, schlug man ihm ins Gesicht, sodaß das Blut aus Mund und Nase kam. Als er sich mit seinem Taschentuche das Blut abgewischt hatte, nahm man ihm dasselbe weg, hat das Blut abgewaschen (!) und ihm das Tuch in's Gesicht geworfen. Nach Aufnahme seiner Personalien wurde er durch einen Fußtritt aus der Wache hinausgeworfen.

*

Wir haben uns aus Anlaß dieser Zuschrift mit dem Gen. Dölitz in Verbindung gesetzt. Ihm war von diesem Vorfall am heutigen Vormittag noch nichts bekannt, was aber der Fall hätte sein müssen, wenn eine Anzeige schon vorlag. Auf Grund unseres Gespräches wird der Gen. Dölitz diese Angelegenheit auf das Gewissenhafteste untersuchen.

Prüfungsamt für Kurzschrift. Wie die Handelskammer in Halle a. d. S., Franckestr. 5, bekannt gibt, findet die nächste Prüfung für Stenographen aller Systeme am Sonntag, den 26. März d. Js., vorm. 9 Uhr, in der Kaufmännischen Berufsschule in Halle, Sophienstraße 37, Eingang Luisenstraße, pt. Zimmer 2 und 4, statt. Anmeldungen werden bis Donnerstag, den 23. März angenommen. Prüfungsordnung und Anmeldebogen werden gegen Voreinsendung von 1.50 M. vom Bureau der Handelskammer verabfolgt.

Der Volks-Feuerbestattungsverein Halle-Ulmg. veranstaltet am Sonntag, den 12. März, vormittags 9¾ Uhr, eine Besichtigung des Krematoriums auf dem Gertraudenfriedhof.

Bundesacker Gr. v. d. Heydt. Die Kleinpächter werden gebeten, sich am Sonntag, den 12. März, früh 9 Uhr, auf dem Acker einzufinden. Es soll jedem Kleinpächter seine Parzelle angewiesen werden, auch die alten Pächter haben zu erscheinen.

Deutscher Musiker-Opfertag. Vielfachen Anfragen zufolge sei darauf hingewiesen, daß zu dem Konzert am Sonntag, vormittags 11 Uhr, für den Musiker-Opfertag nur noch wenige Karten zu haben sind.

„Deutsche Balladen" bringt Ruth Thorrin am morgigen Sonnabend, abends 7½ Uhr, im Mozartsaal zum Vortrag. Es sei nochmals besonders auf diese vielversprechende Veranstaltung hingewiesen. Karten in der Hofmusikalienhandlung von Heinrich Hothan.

Hilde Engel und C. Korel, die beiden erfolgreichsten, jugendlichen Meisterschülerinnen Mary Zimmermanns, geben am Freitag, den 17. ds. Mts. im Thaliasaal ein Tanzgastspiel, zu dem bei Heinrich Hothan Karten erhältlich sind.

Freie Volksbühne. Eva Listmann-Jekelius, als hervorragende Liedersängerin aus ihren Berliner Konzerten, sowie aus den Leipziger Gewandhaus-Konzerten unter Arthur Nikischs Leitung rühmlichst bekannt, und Gerhard Jekelius, der als Vorzugsschüler Surmühlens des Meisters hohe Erwartungen schnell bestätigte, werden im Rahmen der Sonderveranstaltungen der Freien Volksbühne am Freitag, den 17. März die Perlen der deutschen Liedermusik im Einzelgesang und Duette zu Gehör bringen. Der Kartenverkauf für diese, einen besonders hohen Genuß versprechende Veranstaltung (4 Mk.), hat in der Geschäftsstelle begonnen.

Stadttheater. Morgen, Sonnabend, abends 7½ Uhr, wird die Oper „Mignon" wiederholt. Sonntag nachm. 3½ Uhr: „Die Anna-Lise"; Sonntag abend 7½ Uhr gelangt „Der Schidsalstag", Oper v. F. Halzny, Neubearbeitung von Wilh. Kleefeld zur Uraufführung. Beschäftigt sind: Anna Enghardt, Elisabeth Schwarz, Sigmund Matuszewski, Heinrich Teßmer. Inszenierung und Spielleitung: Leopold Sachse. Musikalische Leitung: Oscar Braun.

Ende des Möbelräumerstreikes. Wie uns mitgeteilt wird, hat der Streik der Möbelräumer durch direkte Vereinbarung zwischen den Streikenden und den Arbeitgebern sein Ende gefunden. Das Abkommen läuft bis zum 1. April.

Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten in Halle am Montag, den 13. März 1922, nachmittags 4 Uhr. Oeffentliche Sitzung. 1./2. Wahlen. 3. Wasserpreis-Erhöhung. 4. Erweiterung der Kesselanlage des Pumpwerks Ammendorf. 5. Erweiterung des Gaswerks am Holzplatz. 6. Berrechnung der Mehrkosten für Arbeiterlöhne. 7. Rubegeld-Erhöhung. 8. Uebernahme gemeinschaftlicher Giebichensteiner Anlagen. 9. Annahme eines Vermächtnisses. 10. Nachtrag zur Hundesteuer-Ordnung. 11. Bewilligung von Wirtschaftsbeihilfen. 12. Festsetzung der Entschädigung für Beisitzer des Mieteinigungsamtes. 13. Schließung des Bades Mittelkind. 14./19. Rechnungs-Entlastungen. 20./21. Gesuche. 22. Eingabe betr. Außenreklame. — Hierauf nichtöffentliche Sitzung. — Der Stadtverordneten-Vorsteher Keil.

Hörervereinigung Halle. Sonntag, den 12. Febr., vormittags 10 Uhr, findet eine interessante Führung durch das Geologische Institut statt. Treffpunkt: Domplatz. Mitgliedskarten sind mitzubringen. Mittwoch, den 15., 7½ Uhr abends, im Zimmer 40 der alten Volksschule, Neue Promenade 13, Vortrag des Herrn Möhse: Goethe. Sein Werk und seine unvergängliche Bedeutung. Gäste willkommen.

Neue Wege für die „Freie Volksbühne".

Halle, 8. März.

Der an vielen Orten zu bemerkende schwache Besuch der Theater, die immer größer werdenden Zuschüsse der Städte, haben den Gedanken lebendig werden lassen, Theatergemeinden zu schaffen, die möglichst weite Volkskreise umfassen, mit diesen Theatergemeinden die Theater allabendlich zu füllen und damit die städtischen Zuschüsse auf ein Mindestmaß herabzudrücken. Die lebhaftesten Befürworter dieser Projekte findet man an manchen Orten innerhalb der ausübenden Künstler der Theater, an anderen Orten wieder im Publikum selbst. Tatsächlich beruht ja der schwache Besuch der Vorstellungen nicht in der ausgesprochenen Feindschaft gegen das Theater überhaupt; die Ursache ist vielmehr darin zu suchen, daß der Theaterbesucher finanziell nicht mehr in der Lage ist, neben der enormen Verteuerung des Lebensunterhaltes auch noch die Verteuerung seiner künstlerischen Genüsse in gleichem Maße tragen zu können. Es bleibt nur ein Weg übrig: Durch organisierten Massenbesuch der Vorstellungen die Verteuerung so niedrig wie möglich zu halten.

Das ist der zunächst maßgebende Gesichtspunkt gewesen, aus dem heraus die „Freie Volksbühne" in Halle an den Magistrat der Stadt herantrat, ihr das Stadttheater an fünf Abenden in der Woche zu dem festen Preise von 15 000 Mark zu überlassen. Ein anderer Grund ist der, daß bei dem starken Wachstum der „Freien Volksbühne" der für ein Theater nicht gerade geeignete Thaliasaal immer mehr Mängel zeigte, während das Stadttheater, dieser im Vergleich zum Thaliasaal ideale Kunsttempel, immer mehr verödet. Wie weit der Plan auf Pachtung des Stadttheaters durch den einwandfreien Pächter „Freie Volksbühne" gediehen ist, sagt uns ein kurzer Bericht in Heft 7 von „Kunst und Volk", der Zeitschrift der „Freien Volksbühne". Es heißt da:

„Die außerordentliche Hauptversammlung, die sich mit der Zukunft des Stadttheaters und der Volksbühne beschäftigte, fand am 20. Februar im Thaliasaale statt. Anwesend waren 67 Delegierte. Nach Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden, Herrn Jul. Ritter, erstattete Herr Borges Bericht über die Stadttheaterfrage (vgl. den Aufsatz in Heft 6). Gemäß einem Beschluß des Gesamtvorstandes vom 1. Februar 1922 hat der Vorstand dem Magistrat ein Angebot gemacht, für das am 1. September 1922 beginnende Spieljahr alle Wochentagsvorstellungen außer Sonnabends im Stadttheater zu übernehmen. Der Vorsitzende schlug vor, zuerst die Frage zu debattieren, ob ein Durchschnittspreis von 15 Mark möglich sei. Nach längerer Aussprache, in der ein größerer Zuschuß von der Stadt gefordert wurde, um den Durchschnittspreis niedriger zu gestalten, wurde dem Durchschnittspreis von 15 Mark unter Berücksichtigung der veränderten Verhältnisse im Herbst zugestimmt. Eine größere Debatte entspann sich um die weitere Frage: Einheitspreis (wie jetzt bei den Thalia-Theatervorstellungen) oder Staffelung der Preise. Bei der Schlußabstimmung wurde der Einheitspreis mit großer Mehrheit angenommen. Mit dem Schreiben des Magistrats vom 20. Februar, das darauf zur Verlesung gelangte, erklärte sich die Versammlung mit einigen Abänderungen einverstanden.

Danach würden der Volksbühne wöchentlich vier Abende im Stadttheater vorbehalten bleiben. Mit dem Ersuchen des Magistrats um Eintritt eines stimmberechtigten Vertreters in den Geschäftsführenden Ausschuß der Volksbühne war die Versammlung in dieser Form nicht einverstanden. Die Versammlung ermächtigte zum Schluß den Vorstand unter Berücksichtigung der gefaßten Beschlüsse, mit dem Magistrat auf Grund seines Schreibens vom 20. Februar zu verhandeln und abzuschließen."

Wem der Einheitssatz von 15 Mark sehr hoch vorkommt, der wird bedenken müssen, daß es im kommenden Spieljahre des Stadttheaters in den öffentlichen Vorstellungen verschwindend wenig Plätze geben wird, die weniger als 15 Mark kosten werden, daß vielmehr die geschätzten Plätze, die bei den heutigen Mietvorstellungen der Gewerkschaften und der Volksbühne 12 Mark kosten, dann wohl auf durchschnittlich 30 Mark gesteigert sein werden. Dabei würden natürlich nur Schieber und die Großmitglieder des Landbundes das Theater als ihr Heim betrachten können. Für Publikum und Magistrat wird also die rein materielle Seite der Angelegenheit durch die Vorschläge der „Freien Volksbühne" auf das Beste gelöst.

Wie aber wird die andere Seite der Angelegenheit, die künstlerische, die fast noch wichtiger ist als die materielle, dabei behandelt werden? Eine Frage, die auch schon in der Vorstandssitzung der „Freien Volksbühne" ganz kurz und noch nicht einmal unmittelbar gestreift wurde, weil sie, offen gestanden, die weniger schwierige ist, trotzdem in Kunst- und Theaterfragen die Ansichten reichlich differenziert sind. In der „Saale-Zeitung" äußert nun Herr Feuchtwanger folgende Befürchtung:

„Ein fast völliger Uebergang des Stadttheaters in die Hände der Freien Volksbühne würde künstlerisch jedenfalls keinen Gewinn bedeuten."

Er begründet die Befürchtung mit folgenden Sätzen:

„Was soll die Intendanz an diesen beiden Abenden (Sonnabend und Sonntag. D. Red.) spielen? Erlesene literarische Kunstwerke, für die die breite Masse kein Verständnis hat? Moderne Opern, zu denen das breite Publikum noch nicht erzogen ist? Sie wird sich schwer hüten. Aus wirtschaftlichen Gründen wäre sie gezwungen, an diesen beiden Abenden „Mignon", „Martha", „Das Dreimäderlhaus", „Die Försterchristl" und Ähnliches zu geben. Und die Volksbühne, die naturgemäß nicht jede Gattung im Schauspiel und in der Oper pflegen kann, wird gleichfalls an einer Reihe von Stücken und von Opern vorübergehen, auf die Halle bisher ein Recht zu haben glaubte."

Wenn die Volksbühne starr an der jetzigen Gestaltung ihres Spielplanes, eine jede Vorstellung für alle Mitglieder herunterzuspielen, festhalten wollte, wäre diese Befürchtung nicht unberechtigt. Aber weil die Volksbühne mit der ausgedehnten Benutzung des Stadttheaters größere Pflichten übernimmt, wird sie auch in der Gestaltung des Spielplanes größere Mannigfaltigkeit berücksichtigen.

Nur um die Oeffentlichkeit nicht unnötig durch Befürchtungen zu beunruhigen, ist es wohl angebracht, schon ehe die Volksbühne selbst zu der Frage des Spielplanes Stellung genommen hat, die Möglichkeiten eines künstlerisch sehr hochstehenden Repertoirs auch unter diesen Umständen zu erörtern.

Als erstes wäre zu bemerken, daß nicht nur ein Spielplan, sondern deren zwei aufgestellt werden können, die je nach den Umständen 10, 12 oder auch 16 Werke umfassen. Es kann der eine ein Durchschnittsspielplan, der andere in künstlerischer Beziehung ein ganz brillanter sein. Zwischen diesen Spielplänen kann sich das Mitglied zum Besuch entscheiden. Diese beiden Spielpläne können aber wieder in sich selbst geteilt werden, so daß das Mitglied auch von jedem die Hälfte der Werke sich zum Besuch auswählen kann. Wer einen großen Geldbeutel hat, kann sogar den einen Spielplan ganz, den anderen zur Hälfte oder auch noch ganz abonnieren, so daß er im Höchstfalle auf 32 Vorstellungen im Spieljahr kommt, während der ganz arme Teufel oder der, der am meisten künstlerische Ansprüche stellt, sich überhaupt nur mit einem halben Spielplan zufrieden gibt, der eben die literarisch wertvollsten Stücke enthält.

Man wird wohl nicht bestreiten können, daß es möglich ist, unter 20 bis 32 aufzuführenden Werken auch solche mit aufzunehmen, die nicht dem Geschmack eines jeden angepaßt sind. Wenn die Volksbühne in dieser Form das Programm für nächstes Jahr gestaltet, dann wird es möglich sein, für eine heitere, lebensfreudige Natur den Zwang zu vermeiden, sich Tolstois „Macht der Finsternis" anzusehen, und dasjenige Mitglied der „Freien Volksbühne", das sich zur Tragödie und zum ernsten Stück hingezogen fühlt, braucht nicht das mitzunehmen, auf das es ohne Bedenken verzichten würde. Hinzugefügt mag noch sein, um ja kein Mißverständnis aufkommen zu lassen, daß alle die entwickelten Gesichtspunkte für Opern wie für Schauspiel gelten können.

Auf einen Mangel in der Durchführung des bisherigen künstlerischen Programms mag bei dieser Gelegenheit hingewiesen sein. Es wäre zu wünschen, daß in irgendeiner Form die ausübenden Künstler mit beratender Stimme in Zukunft hinzugezogen werden mögen. Theatergemeinde und Künstler müssen, wenn beide die großen Ziele, die ihnen vorschweben, erreichen wollen, näher aneinandergeführt werden. Das wird nicht immer gelingen durch die alleinige Vermittlung des Intendanten oder eines Magistratsmitgliedes. —

Es wird sich nicht umgehen lassen, bei der Bedeutung, die die Pläne der Volksbühne haben, diese auch öffentlich nach allen Seiten hin zu erörtern. Man kann das schon an dem von Herrn Feuchtwanger angeschnittenen Punkte ersehen. Wir stellen gern den Raum der „Volksstimme", so weit es uns möglich ist, zu weiteren Aeußerungen der Volksbühnenmitglieder zur Verfügung.

P. T.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519220310-14/fragment/page=0005

Provinz und Umgebung.

Ein Geiseltal-Gewerkschaftskartell.

Eine wichtige Sitzung des Mücheler Kartells.

Mücheln, den 10. März.

Freitag, den 3. März fand eine sehr wichtige Vollversammlung des hiesigen Gewerkschaftskartells statt. Vertreten waren die Bergarbeiter, Landarbeiter, Bauarbeiter.

Zum 2. Punkt der Tagesordnung — Ausdehnung des Kartellbezirks über das Geiseltal — teilte der Vertreter **der Bergarbeiter, Kollege Gels** mit, daß die Vertrauensleute des Bergarbeiterverbandes in einer stattgefundenen Sitzung sich einmütig auf den Standpunkt gestellt haben, daß das ganze obere Geiseltal, bis Beuna dem Kartellbezirk Mücheln angeschlossen werden soll, tritt das Kartell Mücheln diesem Beschlusse bei, dann werden noch cca. 3500 Bergarbeiter dem Gewerkschaftskartell Mücheln angeschlossen. Die Vertreter des Bergarbeiterverbandes wünschen aber weiter, daß sie auf Grund ihrer Stärke auch im Vorstand des Kartells ausreichend vertreten werden und daß weiter die Rechtsauskunft durch das Bezirkssekretariat Merseburg erfolgen muß und daß Mücheln zu diesem Zwecke einen besonderen Beitrag an das Bezirkssekretariat zahlt.

In der lebhaften Aussprache wurde hervorgehoben, daß es zweckmäßig wäre, neben dem Geiseltal auch Querfurt dem Gewerkschaftskartell Mücheln anzuschließen, da Mücheln der Mittelpunkt sei.

Bezirkssekretär Berkling erklärte, daß ein derartiger Beschluß nicht ohne weiteres durchführbar ist, da Querfurt, Laucha und Nebra ein besonderes Kartell haben und Wert auf ihre Erhaltung legen. Gegen den Anschluß des Geiseltales an das Gewerkschaftskartell Mücheln sei aber nichts einzuwenden. Die Kartellsitzung beschloß dementsprechend.

Betreffs der Maifeier wurde beschlossen dieselbe im Schützenhaus abzuhalten. Die Vorbereitungen werden vom Gewerkschaftskartell schon getroffen. —

Weiter beschäftigte sich die Sitzung mit der Durchführung der 10 Forderungen des A. D. G. B. und Afa-Bundes. Das Kartell wünscht, daß mit aller Energie für die Durchführung der 10 Forderungen gearbeitet wird.

Die Wohnungsnot und das Weißenfelser Stadtparlament.

USP. und KPD.-Stadtverordnete hemmen eine Hilfsaktion.

Weißenfels, den 10. März.

In der letzten Sitzung der Stadtverordneten füllte die Frage der Baunot den weitaus größten Teil des Abends und führte zu einer lebhaften Aussprache. Anlaß dazu gab die Bewilligung von Baukostenzuschüssen für das Bauvorhaben des „Bauvereins Selbsthilfe". Stadtv. Nitschke (SPD.) als Berichterstatter gab bekannt, daß der Bauverein infolge der fortgesetzten Teuerung seine ursprünglich geplanten Häuser von 36 auf 21 beschränken müßte und der Zuschuß pro Haus sich dadurch auf 41 000 Mark erhöhe. Die Gesamtsumme der Zuschüsse beträgt 864 000 Mark.

Stadtv. Junghans (USP.) wendete sich scharf gegen die Bewilligung der Summe und zwar aus politischen Gründen. Unsere Genossen erwiderten in treffenden Worten. Genosse Wiegleпp betonte, daß, wenn es gilt, bitteres Elend zu lindern, die USP. und KPD. stets versagen. Stadtv. Gärtner (SPD.) vertrat den Standpunkt, jedes Mittel zu benutzen, um die Wohnungsnot zu mildern. Die Mittel ablehnen heiße, das soziale Gefühl beugen. Nicht allein prinzipielle Grundsätze, sondern die soziale Lage sei zu beachten. Auf der linken Seite herrsche in dieser Frage Parteilichkeit. Die Vorlage von 36 Häusern hätte aufrecht erhalten werden müssen. Andere Städte seien in derselben Lage und manche davon finanziell schlechter gestellt wie Weißenfels. Durch Interpellationen komme man nicht weiter. Wohnungen müsse man schaffen und zwar auf dem Wege, der am gangbarsten und billigsten sei. Durch Gegenüberstellung von Regie- und Vereinsbauten könne man ja sehen, wer billiger herstelle. Dem Einwurf des Stadtv. Junghans (USP.), daß die angeführte Rechnung nicht stimme, erwiderte Genosse Nitschke, daß die von ihm zur Verlesung gebrachten Ziffern richtig sind. Die Landesdarlehen seien gestiegen, dadurch verbillige sich der Zuschuß der Stadt. Auf den Nachweis des Stadtbauamtes, daß es genau so billig arbeite, wie die „Selbsthilfe", warte man noch. Die letztere habe ihre Abrechnung dem Bauamte einsenden müssen. Solange kein Ausweg da sei, soll jedes Mittel ergriffen werden. Die Vorlage wurde dann gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten angenommen. So sorgen USP. und KPD. für die Behebung der Wohnungsnot. Die 1600 Wohnungssuchenden am hiesigen Orte mögen sich bei den beiden Parteien bedanken, wenn sie noch jahrelang auf eine Wohnung warten müssen.

Weißenfels. Auch wir haben einen „Stahlhelm". Weißenfels darf ja nicht nachstehen. Na, lange genug hat's zwar gedauert, gemessen von dem Tage der anonymen Annonce in der hiesigen Tante, bis zum Tage der Gründung, um die paar „Schäferlein" zusammen zu suchen. Echte Hakenkreuzler an der Spitze, wie der edle Herr Schäfer, will sich der Bund einen sog. „neutralen" Anstrich geben und an dem „Wiederaufbau des schwergeprüften Vaterlandes" mithelfen. Wir kennen ja zu gut die Aufbauarbeit der Leute vom Schlage des Herrn Schäfer. Man tut so nach außen, um Dumme zu suchen und was möchte man im Innern? Die „selige Zeit" Wilhelms des Letzten herbeiführen! Mit dem Schießprügel gegen den alten Erbfeind losgehen — Verzeihung — losgeben lassen, selbst, weit vom Schuß „Etappendienste" verrichten und dann die „Wacht am Rhein" kröhlen. Arme deutsche Republik, wo kämst du hin, wenn du lauter solche Mannen hättest! Wir empfehlen als Vereinsabzeichen einen „Stahlhelm alten Kalibers" als tägliche Kopfbedeckung.

Kretzschau. Eine öffentliche Schulversammlung. Am nächsten Sonntag, den 12. März, nachmittags 2 Uhr, findet im Gasthof Töpel eine öffentliche Volksversammlung, einberufen von allen sozialistischen Parteien, statt. Thema der Versammlung ist das neue Schulgesetz und die Art, welche für uns in Betracht kommt. Gleichzeitig möchten wir noch warnen, keine Unterschrift für die Vertreter, welche ausgesandt werden, um für die Bekenntnis- und Gemeinschaftsschule Propaganda zu machen, zu leisten. Für uns kann nur die weltliche Schule in Betracht kommen. Zu dieser Versammlung sind auch die Einwohner von Döschwitz, Gladitz, Mannsdorf und Salsitz eingeladen.

Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene des Mansfelder Seekreises.

Von der Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene des Mansfelder Seekreises in Eisleben — Landratsamt — wird geschrieben:

Nach einem Erlaß des Reichsarbeitsministeriums im Reichsversorgungsblatt 1922, lfd. Nr. 162, hat aus Anlaß der weiteren Zunahme der Teuerung und der im Februar eingetretenen Brotpreiserhöhung die Auszahlung der laufenden Teuerungszuschüsse an die Schwerkriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und Altrentner für den Monat März 1922 in doppelter Höhe zu erfolgen. Wegen der hohen Portokosten wird die Erhöhung mit der Märzrate in einer Summe den Empfangsberechtigten überwiesen und zwar bis spätestens am 15. d. M.

Eisleben. Stadtrat Liebe †. In den Morgenstunden des 9. März ist unser Parteigenosse Stadtrat Liebe von uns gegangen. Die Nachricht von seinem Ableben traf uns gänzlich überrascht. Sie war uns nicht anders erklärlich, als daß er unter der ihm auferlegten Last zusammengebrochen ist. Im Mai vorigen Jahres wurde er vom Stadtverordneten-Kollegium für die Stelle eines besoldeten Stadtrats berufen. Ein Amt, das in erster Linie volkswissenschaftlichen Interessen der Einwohnerschaft dienen sollte. Der Verstorbene schien auf Grund seiner volkswirtschaftlichen Studien und Erfahrungen besonders dazu berufen, den bei Schaffung dieser Stelle von den Sozialisten entwickelten Gedanken zu verwirklichen. Wir wollen in dieser Stunde nicht untersuchen, welche Gründe Anlaß zur Verschleppung waren, den von uns entwickelten im Interesse der Allgemeinheit liegenden Gedanken in die Praxis umzusetzen. Unser nunmehr verstorbener Genosse bekam die Dezernate des Arbeits- und Wohnungsamtes. Besonders die Schwierigkeiten, die in Eisleben mit dem letzteren Amte infolge der bei uns herrschenden Verhältnisse verbunden sind, haben ihm das Leben blutsauer gemacht. In der letzten Zeit mit Arbeit geradezu überlastet, gönnte er sich nicht Rast noch Ruhe, zermürbte dabei Körper und Nerven und schuf so die Voraussetzungen zu seinem frühen tragischen Tode. Die ungeheuren Widerwärtigkeiten, die in der Geschäftsführung des hiesigen Wohnungsamts verankert liegen, lagen seinem bescheidenen, gutartigen und hilfsbereiten Wesen nicht. Hinzu kam noch, daß er alle damit verbundenen Sorgen mit sich allein herumtrug, und obwohl ihm von seinen Parteigenossen angeboten worden war, mit vereinten Kräften gegen die sich ihm entgegenstellenden Widerwärtigkeiten anzukämpfen, schleppte er sich — das lag leider in seinem gutartigen Wesen — eben allein damit herum. Zu allem Ueberfluß hatte er keine Veranlagung zu dem, was man im öffentlichen Leben Kampfnatur nennt. Die in unserer Stadt augenblicklich hochgehenden kommunalpolitischen Wogen spannen alle Kräfte bis aufs äußerste an und dieser Anspannung war er nicht gewachsen. Seine mitgenommenen Nerven versagten in diesen bitteren Kämpfen und verwickelten ihn in sein tragisches Schicksal, dem er nun erlegen ist. Ein heißes Weh kann einen packen, wenn man sehen muß, daß solche aufopferungsfähigen Charakter sich dabei zu Grunde richten. Sein bedauernswertes Schicksal ruft die Teilnahme weiter Kreise hervor. Wir aber werden diesem Manne, der über seine Kraft im Interesse der Allgemeinheit tätig war, ein ehrendes und nie erlöschendes Andenken bewahren. Arbeitsam und pflichterfüllt bis zu seinem Tode soll er uns unvergessen bleiben.

Die rechtsreaktionäre Maulwurfsarbeit im Unstruttal.

Vergebliche Mohrenwäsche.

Roßleben, den 8. März.

Unser, kürzlich dem Stahlhelm erteilter Hieb hat gesessen. Eine Biertischrunde von Stahlhelmbrüdern hat sich mit echt „teutschem" Zorn auf unsere Notiz gestürzt und ein Eingesandt für das Querfurter Tageblatt zusammengestoppelt, in dem man uns wissentliche Unwahrheiten vorwirft. Wir müssen etwas deutlicher werden.

Der Herr Bahnhofsvorsteher Hüniger scheint ein recht kurzes Gedächtnis zu haben. Oder sollte er schon vergessen haben, daß er auf die Frage, ob er garantierte, daß der Kohlenzug nach Mücheln ungefährdet zurückkame, antwortete: „Ich lasse die Bahn bewachen von Leuten, die deutsches Gut und Eigentum schützen, vom Stahlhelm." Wenn den Herrn Bahnhofsvorsteher sein Gedächtnis etwa im Stich läßt, so sind wir sehr gern bereit, vor Gericht diese Frage klarzustellen. Wir hatten in unsrer Notiz die Stahlhelmleute nicht in Zusammenhang mit dem Treiben des deutschnationalen Parteisekretärs Philipp gebracht; aber die Herrschaften vom Stahlhelm bringen uns jetzt durch ihr „Eingesandt" auf die richtige Fährte. Mit wem verkehrt denn der deutschnationale Parteiagitator? Nur mit Stahlhelmbrüdern! Oder ist es nur Zufall, daß einer der eifrigsten Agitatoren für den Stahlhelm neulich sagte: „Wenn jemand dem Parteisekretär Philipp etwas tun will, so schütze ich ihn." Dabei zog dieser Herr seinen Revolver und trug ihn offen zur Schau. Wir sind bereit, auch hierfür bei einer ev. Klarstellung unsern Mann zu stellen.

Und nun einige Worte zu dem Versuch der Stahlhelmleute, sich reinzuwaschen von dem Vorwurf, daß der Stahlhelm weiter nichts sei, als ein Stoßtrupp der deutschnationalen Volkspartei. Wir geben zu, daß im Stahlhelm auch Mitglieder anderer politischer Parteien vertreten sind. Wie sollte es auch anders sein. Mitläufer, die sich durch die „teutschen" Redensarten einfangen lassen, gibt es überall. Man könnte auch sagen, daß eine gewisse Sorte Menschen eben nicht alle wird. Wir geben auch weiter zu, daß die „gewöhnlichen Mitglieder" des Stahlhelm in Roßleben nicht über die letzten und wirklichen Ziele des Stahlhelm aufgeklärt werden. So töricht waren die Führer der Orgesch nicht; und die Häuptlinge des Stahlhelm sind ja schließlich nicht dümmer. Aber trotzdem halten wir daran fest, daß der Stahlhelm ein deutschnationaler Stoßtrupp ist. Das Eingesandt beweist uns die Richtigkeit unsrer Behauptung, denn das Gewäsch über Kriegsschuld usw. stammt Wort für Wort aus dem deutschnationalen Phrasenlexikon.

Zum Schluß noch ein Wort zur Beruhigung der Helden von Roßleben. Bespitzeln lassen wir die Stahlhelmleute nicht, denn wir kennen in unseren Reihen das Spitzelsystem nicht, demgegenüber hatte die Orgesch die Bespitzelei meisterhaft ausgebaut. Aber wenn in dem Eingesandt zur Beteuerung der Harmlosigkeit des Stahlhelm behauptet wird, daß er nicht hinter verschlossenen Türen tage, so wirkt das eben nur auf politische Säuglinge. Wir wissen schon, daß die Reaktion ihre Pfeile nicht in Mitgliederversammlungen schmiedet. Warten wir ab. Wir werden auf die Stahlhelmgernegroße in Roßleben aufpassen.

Eine Sitzung des Bitterfelder Kreistages.

„Kommunisten" halten bürgerlichen Amtsvorstehern die Steigbügel.

Bitterfeld, den 10. März.

Am Montag, den 6. d. Mts., trat der Kreistag zusammen. In einer kurzen Begrüßung durch den Landrat wurde der Grund der Einberufung bekanntgegeben.

Die Kreissparkasse soll durch Anbau erweitert werden, um den modernen Anforderungen gerecht zu werden. Das erfordert einen Kostenaufwand von etwa 750000 Mark. Das dazu benötigte Kapital soll durch eine Anleihe, die der Kreis bei der Kreissparkasse aufnimmt und diese dem Kreise mit 4 Prozent verzinst und mit 1 Prozent amortisiert, aufgebracht werden. Vom Kreisausschuß war die Vorlage gutgeheißen. Nach Begründung durch den Landrat und Justizrat Dr. Kleinau vom Kreissparkassenausschuß und einer kurzen Debatte, wurde die Vorlage einstimmig angenommen.

Der zweite Tagesordnungspunkt erledigte sich ebenfalls kurz. Die Diäten der Kreistagsabgeordneten und des Kreisausschusses wurden auf Antrag der kommunistischen Fraktion pro Sitzung für auswärtige Mitglieder auf 100 Mk. und Fahrt 3. Klasse erhöht. Für Bitterfelder Mitglieder erhöht sich der Tagessatz auf 75 Mk.

Für den Amtsbezirk Löberitz wurde als Amtsvorsteher Gutsbesitzer Meier und als dessen Stellvertreter ein Herr Strentzsch gewählt. An Stelle des früheren Amtsvorstehers Herzig-Roitzsch, der sein Amt niedergelegt hatte, es aber wieder angenommen hätte und von unserem Gen. Specht vorgeschlagen wurde, wurde ein bürgerlicher Herr, namens Kolsche-Roitzsch, durch 8 bürgerliche Stimmen gewählt. Herzig bekam 6 Stimmen und unterlag deswegen, weil die „reinen Klassenkämpfer" von ganz links sich der Stimme enthielten. So macht man in der Praxis „Klassenkampf". Dabei war es noch nicht einmal ein waschechter „Sozialverräter", sondern ein USP.-Genosse, den man durchfallen ließ. Für den Amtsbezirk Pouch wurde an Stelle des früheren Amtsvorstehers Nietzold Steinmetz, als Stellvertreter Wötzel gewählt. —

Von Interesse war noch bei Besprechung des Jahresberichts die Kritik, die an der Kartoffelversorgung des Kreises geübt wurde. Von einem Vertreter des Landbundes wurde Besserung für die kommende Ernte zugesagt. Auch die Zuckerversorgung wurde unter die Lupe genommen und von maßgebender Seite auch hier Besserung versprochen. Hoffen wir, daß das bald oder im ersteren Falle zur gegebenen Zeit zur Tatsache wird. Ferner wurden die miesen Wohnverhältnisse in Roitzsch vom Abgeordneten Henze angeschnitten, der in einer „Wohnung" haust, die ein Herd für Tuberkelbazillen ist. Ihm wurde erwidert, daß dies hauptsächlich an der Wohnungskommission in R. läge, die überhaupt nicht aktiv wäre. Nach einer weiteren Debatte über Siedlungsbau usw. wurde die Sitzung gegen 5½ Uhr geschlossen. S.

Liebe deinen Nächsten. . .

Ein Idyll aus einem kleinen Dorfe.

Meßheide b. Gräfenhainichen, den 10. März.

In dem sonst so ruhigen Oertchen Meßheide stand am letzten Dienstag alles in Aufruhr. Und zwar vor der bekannten Schenke des Herrn Reinhold Schmidt. Bei genanntem Herrn wohnt einige Jahre bereits der Musiker Wilhelm Richter, welcher zurzeit auf dem Kraftwerk Zschornewitz in Arbeit steht. R. ist seit längerer Zeit gekündigt, konnte aber nicht ausziehen, da ihm keine andere Wohnung zur Verfügung stand. Die Schwiegermutter des Herrn Schm., welche in Dessau ihre Wohnung besitzt, sich aber schon lange bei Schm. aufhält, wollte nun zu diesem ziehen und ihre Möbel einräumen. Da dies jedoch nicht vor dem Auszug des R. möglich ist, so entschloß man sich, im geheimen den Herrn Gerichtsvollzieher von Bitterfeld zu beauftragen, um die Richtersche Wohnung räumen zu lassen. Das Rollfuhrwerk des Herrn Jäge von Gräfenhainichen gelangte am Dienstag abend in Meßheide an, um vor dem Schmidtschen Hause die Möbel des R., der auf Arbeit war, aufzuladen. Noch zwei andere menschenfreundliche Herren legten bei diesem sauberen Geschäft mit Hand an, so daß Frau R. diesem so plötzlichen Eindringen machtlos gegenüber stand. Als Frau R. sich Hilfe geholt hatte, war der Auszug bereits vollzogen. Daß das zusammengeströmte Publikum sich diesen Machtmenschen gegenüber nicht ruhig verhielt, kann sich wohl ein jeder denken. Um nun ein Wiedereinräumen der Möbel seitens des nunmehr erschienenen Wohnungsinhabers zu verhüten, hatte man das Tor, welches den Eingang bildet, vernagelt. Der Rollwagen mit den Möbeln stand nun zur Verfügung des Besitzers auf freier Straße.

Aus Furcht vor eventuellen Ausschreitungen der empörten Einwohner erbat sich der liebenswürdige Hauswirt polizeiliche Hilfe. Wir werden ja nun abwarten, was sich aus der Sache entwickelt. Hoffentlich findet dieser Auswuchs von Nächstenliebe seine gerechte Lösung.

Wittenberg.

Wittenberg. Eine gute Seite des Lutherrummels. Eine große Ueberraschung hat das Wittenberger Lutherfest, das von den hiesigen Bürgerlichen mit großem Tamtam gefeiert wurde, gebracht; ein Ereignis, das auch von der Arbeiterschaft gewürdigt wird. Zu diesem Feste waren hunderte von auswärtigen, zum Teil auch ausländischen Vertretern von Kirchenbehörden und sonstigen Konstitutionen erschienen, u. a. auch der Kultusminister Dr. Boelitz, der Regierungspräsident usw. Keiner von diesen Herrschaften kam in den „Genuß", die Sehenswürdigkeit von Wittenberg, das Mühlpfordtsche Hakenkreuz am Eingange zur Stadt „anstaunen" zu können. Waren es Gewissensbisse, oder war es die Angst des Hakenkreuzlers Mühlpfordt, die hohen Herrschaften könnten an seinem Zigarrenladen vorbeilaufen und ihre Glimmstengel im nächsten Geschäft einkaufen? Oder hat eine geistliche Kommission an das „gut-christliche" Herz des Hakenkreuzlers angepocht, seine öffentliche Gehässigkeit gegen die ††† Juden wenigstens während des Festes etwas einzudämmen, um nicht die ganze Stadt Wittenberg zu blamieren? Kurz das schöne große Hakenkreuz mit den von jedenfalls geheimnisvollen oppositionellen Kräften angebrachten blutigroten Verzierungen war am Vorabend des Festes verschwunden. Man sieht auch hier wieder einmal deutlich, daß die geistliche Macht in Deutschland oder wenigstens in Wittenberg selbst verbohrtesten und verstocktesten Individuen gegenüber größer und stärker ist, als die zum Ordnungschaffen berufene Polizei, die sich vergeblich bemüht hat, das Wittenberger Hakenkreuz zu entfernen.

— Frühübtsich.... Eingebrochen wurde in der Nacht zum Montag in das Zigarrengeschäft von Kurt Leopold in der Collegienstraße. Nach Zertrümmern einer Schaufensterscheibe raubten die Diebe für rund 800 Mark Zigaretten. — Als Täter wurden die beiden 11jährigen Schulknaben Hermann Ochse und Paul Dorf ermittelt. Etwa 200 Zigaretten hatten die Knaben noch im Besitz, während sie die übrigen an ihre Schulkameraden verteilt hatten.

— Festgenommen wurde der Reichswehrsoldat Franz List aus Wittenberg, weil er von seinem Torgauer Truppenteil fahnenflüchtig geworden war.

Torgau—Liebenwerda—Schweinitz.

Falkenberg. Aus dem Gemeindeparlament. Die gestrige Gemeindevertretersitzung nahm einen sehr erregten Verlauf. Wir werden darüber noch ausführlich berichten. Von der Tagesordnung wurde Punkt 1 — Rentengutsverträge — angenommen. Beim Punkt 2 — Entschädigung für die Schuldienerinnen — wurden für die neue Schule 5200 Mark und für die alte Schule 5800 Mark bewilligt. Der Bau einer Turnhalle in Verbindung mit Schulaula, Sitzungszimmer und Jugendheim wurde einstimmig genehmigt. Der Erlaß einer Gemeindezuwachssteuerverordnung wurde angenommen. Die beantragte Erhöhung der Besoldung des Gemeindedieners Schneider wurde vertagt. Es wurden dann Entlastungen für das Rechnungsjahr 1920 erteilt. Der Anschaffung von Alarmsirenen für die Feuerwehr wurde zugestimmt.

— Im Schützenhaussaal findet morgen ein öffentlicher Ball statt. Im Arbeitsnachweis wird eine Frau zum Bedienen der Gäste gesucht. (Siehe Inserat.)

Großthiemig. Eine Volksversammlung der SPD. Die hier am Sonnabend stattgefundene Versammlung der SPD. nahm einen sehr interessanten Verlauf. Genosse Drescher-Halle sprach über die Aufgaben der Sozialdemokratie. Ganz besonders ging er auf die Folgen des Völkerkrieges ein und zeigte, daß unser jetziges Elend nur aus diesem Verbrechen an der Menschheit resultiert. In der Diskussion wurde ganz besonders auf die Frage der Schradensiedelung hingewiesen. Gen. Drescher wies darauf hin, daß die Interessenten dafür sorgen müßten, daß vom Kreis aus eine Siedlungsgesellschaft gegründet wird. Das Siedlungsland soll nicht ausschließlich an die Sachsenlandgesellschaft fallen. Es muß darauf gedrungen werden, daß Großthiemig in die Anliegersiedlungsgemeinden einrangiert wird. — Der Verlauf der Versammlung ist für unsere Sache erfolgreich gewesen. Es liegt nun an unseren Genossen, die Bewegung in jeder Beziehung weiterzutreiben.

Voraussichtliches Wetter. (Sonnabend): Kühl, ziemlich trüb, etwas windig, zeitweise Niederschläge.

Sonntag: Teilweise aufheiternd, ohne besondere Niederschläge, kühl, Nachtfrost stark.

Montag: Ziemlich heiter, trocken, nachts und früh starker Frost, tags ziemlich kalt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519220310-14/fragment/page=0006